

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abmischung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. März 1930

Treviranus und Brüning.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Nicht nur wirtschaftliche und soziale Gegensätze, nicht nur Programme und Überzeugungen bestimmen die politischen Entscheidungen. Auch persönlicher Ehrgeiz der führenden Männer, und die Sorge um ihre politische Existenz beeinflussen das Geschehen.

Hinter der schweren innerpolitischen Krise, die das Reich jetzt durchlebt, erheben sich die Profile von zwei Politikern der jüngeren parlamentarischen Generation: der evangelische Jungkonservative Treviranus, der sich vor einigen Monaten von dem verkalkten Hugenberg getrennt hat, und der katholische Jungkonservative Dr. Brüning. Just zur selben Zeit, da Treviranus Führer der parlamentarischen Volkskonservativen wurde, wählte die Zentrumsfraktion Herrn Brüning zu ihrem Vorsitzenden. Die Verbindung der beiden Jungkonservativen verschiedener Konfession aber gemeinsamen politischen Führerwillens war gegeben.

Treviranus, in jeder Beziehung der Schwächere, hat es schwerer als sein Freund Brüning. Er beherrscht nicht eine starke Fraktion mit grosser Tradition, mit bedeutenden wirtschaftlichen Kräften und schlechthin gewaltigen kulturellen Energien. Sein Fähnlein ist in Gefahr, bei den nächsten Reichstagswahlen aufgerieben zu werden, wenn es auf dem Kampffelde isoliert bleibt. Das Schicksal der Volkskonservativen und ihres Vormannes Treviranus hing und hängt an der Frage, ob und wann es gelingt, durch den Sturz des Parteidiktators Hugenberg die Wiedervereinigung der Deutschnationalen herbeizuführen oder in einer schweren politischen Situation grössere Teile der deutschnationalen Reichstagsfraktion von Hugenberg loszulösen.

Eine solche politische Lage musste Treviranus herbeizuführen suchen. Sowohl aus politischem Gruppenegoismus wie aus persönlicher Selbstbehauptung. War und ist er nicht stark, so wurde durch die zerfahrene Politik der bürgerlichen Parteien doch Hindenburg immer stärker, ja er erhob sich zur mächtigsten politischen Potenz des deutschen Bürgertums. Auf Hindenburg hat der einstige Seeoffizier und jetzige Gegner Hugenbergs, eben Herr Treviranus, grossen Einfluss. Verlassen von den einstigen Freunden, muss der greise Reichspräsident einen politischen und persönlichen Trost darin finden, von einem Jungkonservativen soldatischer Herkunft verstanden und gestützt zu werden. So fand Treviranus bei dem Reichspräsidenten ein offenes Ohr. Er wird dem Staatsoberhaupt wohl auch zu erklären gewusst haben, warum die volkskonservative Fraktion bei den Young-Gesetzen noch nicht in die aussenpolitische Front der Verständigung eintreten konnte. Die inner- und aussenpolitische Verbindung nach rechtshin war aber für das Zentrum durch Treviranus und Hindenburg für den Fall eines Ausscheidens der Sozialdemokratie geschaffen.

Vom Zentrum her arbeitete Dr. Brüning an derselben Brücke. Man missverstehe uns nicht. Wir bezichtigen den Zentrumschef nicht der Intrigue. So harte moralische Urteile sollte man bei der Betrachtung des politischen Schachfeldes

unterlassen. In Herrn Brüning hat die Zentrumsfraktion nicht nur endlich wieder einen klugen Führer, wie man es früher jahrzehntelang bei dieser parlamentarischen Gruppe gewöhnt war. Wichtiger ist, dass sie in Brüning wieder von einem hundertprozentigen Zentrumsmanne und katholischen Diplomaten geführt wird. Untersuchungen, inwiefern es den Fraktionsführern des Zentrums im letzten Jahrzehnt an dem einen oder dem anderen fehlte, könnten zu peinlichen Erörterungen führen. Verzichten wir also darauf, denn sie sind im Augenblick auch unnötig.

Brünings Reden verdienen mit der Lupe gelesen zu werden. Er ist nicht die Spur eines Rhetors aber eingefährlicher politischer Redner. In ihm ist nicht die geringste Neigung, sein Denken durch die Rücksicht auf rednerische Effekte zu verbiegen, wie es der kritische Hörer leider noch an so manchem Parlamentarier beobachten kann. Seine Kölner Rede sechs Tage vor der Krise war ein Meisterwerk politischer Strategie. Man dient sich, wenn man einen gescheiterten politischen Gegner richtig einschätzt. Leider scheinen durch das Hinhören auf den Poltron Dr. Scholz in Mannheim nur wenige in Berlin die ungleich zarteren aber wichtigen politischen Töne aus Köln gehört zu haben. Da stiess freilich keiner in die Fanfare, sondern ein politischer Cellist spielte virtuos für geschulte Ohren auf.

Das war nicht nur ein Rückblick auf die Zentrums politik der letzten Wochen mit ihrem "Junctim" zwischen Youngplan und Finanz-Sanierung und deren Rechtfertigung. Es war auch die Anbahnung eines Weges nach rechts hin. Immer für den Fall, dass die Koalition an der permanenten Spannung zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie scheitern sollte. Weder Stresemann noch Hermann Müller erhielten aussenpolitisch die Note IA. Es war mancher Ton in Brünings Rede, die einen Mann der Rechten aussenpolitisch aufhorchen lassen musste. Es war da eine deutliche Distanz zu den stürmischen Reden Dr. Wirths in den Young-Debatten, auch wenn der Reichsminister der besetzten Gebiete gleichzeitig einen bescheidenen Lorbeerkranz gewunden erhielt. Es war da auch die Bemerkung, dass die Zentrums partei ein Stück der nationalen Opposition gegen Stresemann habe führen müssen, weil Hugenbergs Beschränktheit die Aufgabe einer nationalen Opposition nicht begriff. Da blieb aussenpolitisch keine grosse Kluft mehr zu denen, die, wie Treviranus, offen gegen Hugenbergs Volksbegehren rebelliert - und denen um Hugenberg, die nur widerwillig mitgemacht hatten. Gewiss, auch die Volkskonservativen hatten noch gegen die Gesetze gestimmt. Bei vollzogenen Tatsachen bleibt aber ein hundertprozentiger Zentrumsführer nicht übernehmend stehen. Er nimmt das nächste Stück Weg in Angriff.

Auf diesem nächsten Stück Weg deutscher Innenpolitik müssen aber, wenn erst die Finanzreform vorüber ist, allmählich kulturelle Entscheidungen in das politische Blickfeld rücken. Bei allem schuldigen Respekt vor wirklichen religiösen Kräften in der katholischen Kirche, so weichen Herzens sind die deutschen Bischöfe nicht, dass sie nur aus Liebe zum Christentum der griechisch-orthodoxen Kirche einen Gebetssturm gegen Sowjetrussland hervorrufen. Der Kölner Kardinal Erzbischof hat ja auch in seinem Fastenhirtenbrief vor kurzem schon neben die bitterbösen Bolschewiken auch die bösen Buben bei den deutschen Kommunisten und Bolschewisten gestellt. Der russische Bolschewismus ist weit, aber der deutsche "Kulturbolschewismus" ist nahe. Kulturelle Bolschewisten und Nihilisten sind wir aber alle, die wir eine bescheidene Ehe reform betreiben, die wir den § 218 für eine Barbarei halten, die wir die Feuerbestattung von schikanösen Bestimmungen entlasten, die wir ein soziales Reichsschulgesetz unter Befreiung von konfessionellem Zwang für Lehrer und Schüler erstreben.

Man brauchte die Sozialdemokratie noch keineswegs hinausdrängen zu wollen, um doch diese grossen politischen Grundfragen ins Auge zu fassen, wenn die deutsche Arbeiterpartei in Lebensfragen des Proletariats auch unter stärkstem Druck des Hochkapitalismus sich nicht beugen liess. Unzweifelhaft wäre es bei einem entsprechenden Nachgeben der Sozialdemokratie möglich gewesen, auch über diese Krise noch einmal hinüberzukommen. Aber Herr Brüning wusste doch

wohl, was er meinte, wenn er auch dann in seiner Kölner Rede der Grossen Koalition nur eine einigermaßen sichere Lebensverlängerung von etlichen Monaten zugestand. Die von der Deutschen Volkspartei stets nur widerwillig ertragene und auch von beträchtlichen Teilen des Zentrums nicht eben aus Zuneigung zu uns aufrecht-erhaltene Regierungsgemeinschaft im Reiche musste in dem Augenblick ernstlich bedroht sein, wo die aussenpolitische Entspannung eingetreten und Kräfte der politischen Rechten für eine politische Schwenkung in Betracht kamen.

Diese politische Wendung scheint da zu sein. Sie knüpft sich an die Namen Treviranus und Brüning. Die gemeinsamen Ideen dieser beiden Jungkonservativen greifen weit über den Tag hinaus, weiter vielleicht, als sie selbst jetzt schon erkennen.

SPD. London, 28. März (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitsminister Frau Bondfield unterbreitete dem Unterhaus am Freitag eine Vorlage, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, eine zusätzliche Summe von 200 Millionen Mark für die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung flüssig zu machen. Nach den Mitteilungen des Ministers wird die vorgesehene Grenze des Staatszuschusses, welche 800 Millionen Mark beträgt, infolge des Wachsens der Arbeitslosigkeit bereits vor Ostern erreicht sein.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat sich in der ersten Märzhälfte 1930 um über 120.000 Personen auf den Stand von 2.258.000 am 15. März verringert. Diese Verringerung in der Inanspruchnahme der Arbeitslosen-Versicherung beweist den Beginn der üblichen Frühjahrsentspannung auf dem Arbeitsmarkt der Aussenberufe. Dagegen hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung noch um etwa 9.000 auf 286.000 Personen am 15. März 1930 zugenommen. Die Zahl der Notstandsarbeiter konnte um 6.500 auf 25.000 Personen am 15. März erhöht werden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern, die bekanntlich höher ist als die der Unterstützungsempfänger, betrug am 15. März rund 3.278.000 Personen. Diese Ziffer hat gegenüber dem Höchststande vom 28. Februar um rund 88.000 abgenommen.

Was besagt die amtliche Mitteilung über den Stand des Arbeitsmarktes? Wir haben einen Rückgang der Arbeitssuchenden um rund 88.000 in der Arbeitslosenversicherung, dagegen einen Rückgang der Unterstützten um 120.000. Das bedeutet, dass 32.000 ausgesteuert, aber nicht in Arbeit gekommen sind. Dazu kommt eine Zunahme der Krisenunterstützten um 9.000. Ein Zeichen, dass wohl die Frühjahrs-Entlastung begonnen hat, von einer ernsthaften Besserung jedoch noch kaum gesprochen werden kann. Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit müsste die Entlastung sich viel rascher und kräftiger vollziehen. Es hat keinen Zweck, sich über den Ernst der Situation hinwegzutäuschen. Umgekehrt ist es Zeit, aus den Zahlen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese können nur in der Forderung auf Ausbau der Krisenfürsorge bestehen. Vergessen wir nicht, dass am 15. März die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Versicherung 2.258.000, die Zahl der Arbeitssuchenden dagegen 3.278.000 betrug. In dieser ungeheuren Differenz steckt noch viel Not, die durch keine Unterstützung gemildert wird. Wir brauchen Krisenunterstützung für alle Ausgesteuerten, wir brauchen eine Reichsarbeitslosenfürsorge, die neben der Arbeitslosenversicherung den Unterstützungsapparat für die Krisen- und Wohlfahrts-Erwerbslosen billiger und sozialer funktionieren lässt.

SPD. Die rechtskommunistische Brandlergruppe hat an die Exekutive der III. Internationale ein Wiederaufnahmegesuch gerichtet. In dem Gesuch wird zunächst auf die in den Moskauer Parteisektionen grassierende Schwindsucht hingewiesen. So heisst es von England, dass dort die kommunistische Partei nur noch wenige Tausend Mitglieder besitze, in Frankreich gebe es höchstens noch 15000, nachdem ebensoviele die Partei verlassen hätten. In der Tschechei sei ein ähnliches Bild, während es in Deutschland folgendermassen aussehe;

"In Deutschland ist der Mitgliederbestand der Partei zurückgegangen. Die Zellenversammlungen werden durchschnittlich von nicht mehr als 10 - 20% der Mitglieder besucht. Die Parteipresse befindet sich infolge beträchtlicher Abonnenenverluste in einer Krise, die zur Umwandlung einer ganzen Reihe bisher selbständiger Zeitungen in Kopfblätter führte und die auch eine der Ursachen ist für die Versuche des ZK., die mühsam aufgebauten Parteibetriebe zu verschleudern. Bei den letzten Parlaments-, Gemeinde-, Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen hat die Partei fast durchweg Stimmen eingebüsst. Die Partei hat in den Gewerkschaften so gut wie alle ihre Positionen verloren. In Berlin z.B. hat sie keine einzige Ortsverwaltung keines einzigen freige- werkschaftlichen Verbandes mehr. Die von ihr geschaffenen neuen Splitter- organisationen sind aktionsunfähige Zwerggebilde. Die Wahlen "roter Betriebs- räte" haben entscheidend beigetragen zur Schwächung der Position der Partei in den Gewerkschaften. Da wo "rote Betriebsräte" tätig waren, haben Neuwah- len fast regelmässig zu Niederlagen der Partei geführt. In den übrigen pro- letarischen Massenorganisationen hat die Partei ebenfalls gewaltig an Ein- fluss verloren. (Freidenker, Arbeiter-Sportorganisationen). Die Rote Hilfe ist durch den fraktionellen Missbrauch durch das gegenwärtige Zentralkomi- tee geschwächt und finanziell zerrüttet worden."

Weiter heisst es in dem Gesuch, dass die von der Exekutive angesetzten "Kampftage" statt zu Erfolgen zu Niederlagen geführt hatten. Die Ursache sei in dem Versuch zu sehen, Methoden der russischen kommunistischen Partei me- chanisch auf Deutschland zu übertragen. Auch seien die kommunistischen Parteien an "prinzipienlose und korrupte Elemente" ausgeliefert. Die neuerdings befoh- lene bürokratische Wendung von oben verwirre nur die Mitgliedschaft und sei völlig verlogen. Die KPD wolle den Kurs auf rote Betriebsräte und Gewerk- schaftsspaltung weiterverfolgen. Statt dessen müsse dieser ultralinke Kurs liquidiert und durch die Einheitsfronttaktik ersetzt werden.

Zum Schluss ihres Wiederaufnahmegesuchs stellt die Brandlergruppe diese Forderungen :

1. Sofortige Zurücknahme aller Ausschlüsse und Massregelungen gegen die Gegner des falschen ultralinken Kurses;
2. Sofortige internationale Diskussion auf der Grundlage des demokrati- schen Zentralismus zur Herausarbeitung der politischen Linie der Kommunisti- schen Internationale.
3. Neuwahl der Parteileitungen und Parteifunktionäre bis einschliesslich der Exekutive der KI. als Ergebnis einer solchen Diskussion;
4. Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Untersuchung der Korruptionsfälle und Säuberung der Parteien von korrumpierten Elementen;
5. Durchführung des Grundsatzes, dass die Sektionen der KI. verpflichtet sind, die erforderlichen Mittel für ihre reguläre Arbeit in legalen Zeiten aus Beiträgen der Mitglieder aufzubringen.

Über die Erfolgsmöglichkeit ihres Gesuchs geben sich die ausgeschlosse- nen Kommunisten keiner Illusion hin: "Moskau wird es als verfrüht ablehnen".

SPD. Meldorf, 28.März (Eig.Drahtb.)

Im Wöhrdener Prozess wurden am Freitag wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung bzw. Aufruhrs folgende Kommunisten verurteilt: Heuck zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Andree 5 Monate, Harmann 6 Monate, Heff 5 Monate, Klinder 6 Monate, Krumkus 6 Monate, Kruse 5 Monate, Landau 5 Monate, Flindt 5 Monate, Albert Lenz 5 Monate, Otto Lenz 5 Monate, Schulz 6 Monate, Wittmak 5 Monate Gefängnis. Der einzige nationalsozialistische Abgeklagte Greve erhielt 2 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

SPD. Dresden, 28.März (Eig.Drahtb.)

Die Behauptung, dass der Berichterstatter Kiessling bei den Dresdner Unruhen von der Polizei geschlagen worden und an den Folgen dieses Schlages gestorben sei, entspricht nicht den Tatsachen. Weder die staatsanwaltschaftliche Untersuchung noch die Untersuchung der Leiche hat, nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft, den Beweis dafür erbracht, dass Kiessling geschlagen worden ist.

SPD. Darmstadt, 28.März (Eig.Drahtb.)

Der hessische Landtag beschloss am Freitag gegen die Stimmen der Kommunisten, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Sumpf aufzuheben. Sumpf war einer der massgebenden kommunistischen Führer bei dem Sturm auf die Opelwerke

In der Aussprache, die der Aufhebung der Immunität des Abg. Sumpf vorausging, kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen der KPD und der Sozialdemokratie. Die Kommunisten griffen vor allem den sozialdemokratischen Innenminister Leuschner heftig an, weil er einer Bitte des Betriebsrats der Opelwerke entsprechend polizeilichen Schutz nach Rüsselsheim geschickt hatte. Leuschner erklärte, dass die Polizei weder Gummiknüppel noch Waffen gebraucht habe, denn als sie erschienen sei, hätten die Führer des Putsches geradezu gezittert. Es sei seine Pflicht gewesen, die 7000 Arbeiter des Betriebes vor der Entlassung zu schützen und die hirnverbrannten kommunistischen Putschisten in ihre Grenzen zurückzuweisen.

Der kommunistische Abgeordnete Sumpf hat sich im Verlauf des Sturms auf die Opelwerke mehrere gemeine Vergehen zuschulden kommen lassen. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft stellt er die ganzen Vorgänge sozusagen als einen harmlosen Gang durch den Opelbetrieb dar.

SPD. München, 28.März (Eig.Drahtb.)

Die im staatlichen Besitz befindlichen bayerischen Grosskraftwerke (Bayernwerk, Mittlere Isar und Walchensee-Werk) können auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder auf eine befriedigende Entwicklung zurückblicken. Das Bayernwerk erzielte einen Reingewinn von 343 000, die Mittlere Isar von 489 000 und das Walchenseewerk von 251 000 Mark. Davon werden je fünf Prozent Dividende gegenüber vier Prozent im Vorjahre an den Staat abgeführt. Das Bayernwerk hatte einen Gesamt-Stromumsatz von 840 Millionen Kilowatt-Stunden. Sein Netz weist eine Gesamt-Leitungslänge von 1753 Kilometern auf. Mittlere Isar und Walchenseewerk zusammen gaben in dem abgelaufenen Betriebsjahr 321 Millionen Kilowatt-Stunden Strom an die Bayernwerke und 130 Millionen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft ab.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie beschäftigte sich am Freitag mit der politischen Lage, die durch den Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller entstanden ist. Er billigte die Haltung der Reichstagsfraktion. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Partei den kommenden politischen Kämpfen einig und geschlossen entgegensieht.

Der Parteiausschuss nahm ferner den Vorschlag des Parteivorstandes zur Kenntnis, den internationalen Frauentag in diesem Jahre als eine Frauenwerbewoche in der Zeit vom 18. Mai bis 1. Juni zu veranstalten. Im Gedenken an Bebel's vor 50 Jahren erschienenen Buch sollen mit dem Motto: "Die Frau und der Sozialismus" Veranstaltungen getroffen werden, für die der Parteiapparat zur Werbung weiblicher Mitglieder eingespannt werden soll.

Einige organisatorische, nicht sehr dringliche Fragen wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

SPD. Darmstadt, 28. März (Eig. Drahtb.)

Der Hessische Landtag beschloss am Freitag gegen Kommunisten und Deutsche Volkspartei seine Legislaturperiode von 3 auf 4 Jahre zu verlängern. Ausserdem hat der Landtag nach der Änderung das Recht, sich mit qualifizierter Mehrheit selbst aufzulösen.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss, der sich am Freitag mit dem Brotgesetz beschäftigte, beschloss, bis zur Neubildung der Regierung die Weiterberatung des Entwurfs auszusetzen.

Im Verlauf der Debatte liess die Sozialdemokratie erklären, dass sie in der zweiten Lesung nicht für das Gesetz stimmen werde, nachdem die Deutschnationalen und die Christlichnationalen dagegen gestimmt hätten. Sie wolle der Landwirtschaft eine Förderung des Roggenverbrauchs nicht aufzwingen. Im übrigen mache sie ihre Stellungnahme im Plenum von der Haltung der der Landwirtschaft nahestehenden Parteien abhängig.

SPD. Paris, 28. März (Eig. Drahtb.)

Der zweite Tag der Young-Diskussion in der Kammer ging ohne besonderen Zwischenfall vor sich. Als erster Redner der Regierungsparteien erläuterte der Deputierte Jean Fabry die Gründe, weshalb er und seine Gesinnungsgenossen für die Ratifikation stimmen werden. Der Young-Plan selbst biete unleugbar mehr positive als negative Sicherheiten. Was die politischen Konsequenzen des Planes betreffe, die Rheinlandräumung vor allem, so sei das mit ihr verbundene Risiko zwar nicht zu übersehen, doch müsse Frankreich dies im Interesse der europäischen Friedenspolitik auf sich nehmen.

Der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, steht dem Young-Plan mit ebenso schroffer Ablehnung gegenüber, wie seinerzeit dem Dawes-Plan. Er geisselte die seit 1921 eingeschlagene "Verzichtspolitik" Frankreichs und brachte das mathematische Kunststück zustande, der Kammer vorzurechnen, dass die ursprünglich festgesetzte Reparationsschuld Deutschlands im Young-Plan auf ein Zehntel reduziert sei. Schliesslich warnte Dubois die Kammer vor den Konsequenzen des neuen Planes.

Als letzter Redner der Vormittagssitzung ergriff Herriot das Wort, dessen Ausführungen im Zeichen einer persönlichen Polemik gegen Tardieu standen. Der Ministerpräsident hatte vor einigen Monaten behauptet, Herriot hätte seinerzeit in London auf wesentliche Artikel des Friedensvertrages, so auf den Sanktionsartikel 430 verzichtet und dadurch die Position Frankreichs bei allen Re-

parationsverhandlungen derart erschüttert, dass Tardieu und seine Kollegen im Haag gezwungen waren, in der Sanktionsfrage nachzugeben. Herriot hat dem Ministerpräsidenten diesen Ausfall nie verziehen und verteidigte sich auch am Freitag leidenschaftlich gegen Tardieu's Vorwürfe, wobei er sich soweit hinreissen liess, sein Bedauern über die Aufgabe des Rechtes auf die Wiederbesetzung deutschen Territoriums laut Artikel 430 auszudrücken.

SPD. Köslin, 28.März (Eig.Drahtb.)

Der Leutnant der Reichswehr Meder-Eggebert, der sich am Freitag vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht wegen Fahrlässigkeit zu verantworten hatte, wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte Freisprechung beantragt.

Leutnant Meder-Eggebert fuhr am 4.September 1929 mit mehreren Schwimmschülern entgegen einem Standortbefehl vom 20.5.29 mit einem Boot auf den zum Teil sehr tiefen Streitzigsee bei Neustettin hinaus. Im Kahn wurde nur ein Rettungsring mitgeführt, obwohl die von Oberst Koch-Neustettin herausgegebenen Sicherheitsbestimmungen zwei Rettungsringe als erforderlich erachten. Ein Schüler namens Strehlau befand sich im Wasser und zwar an einer Leine, die von Meder-Eggebert im Boot gehalten wurde. Die Leine war weder um die Hand geschlungen, noch befand sich an ihrem Ende irgendein Knoten oder ein anderer Widerstand. Ausserdem war die Leine nass, sodass sie bei dem geringsten Widerstand aus der Hand schlüpfen konnte. Strehlau, der bereits einmal an diesem Tage wegen Erschöpfung ins Boot genommen war, versank schliesslich, ohne dass Leutnant Meder-Eggebert heute noch genau angeben kann, wie. Auch sonst machte der für den Tod Strehlau's verantwortliche Angeklagte, der Zivil trug, in vielen entscheidenden Punkten sehr unvollständige Angaben, da er sich angeblich "auf nichts besinnen" könne.

Entscheidend für den Verlauf des Prozesses waren die Ausführungen eines Vertreters des Reichswehrministeriums, der den Angeklagten im allgemeinen deckte. Der Standortbefehl und Sicherheitsbestimmungen seien überholt gewesen durch im Jahre 1926 herausgegebene Richtlinien des Reichswehrministeriums, - Drei Gutachter erklärten übereinstimmend, es hätte nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, dass der Tod des Strehlau durch Ertrinken eingetreten sei, vielmehr käme als Todesursache eine Herzlähmung in Frage.

SPD. Die Kunstseideproduzenten haben sich mit der verarbeitenden Industrie dahin geeinigt, dass die Verarbeiter 90 % ihres Bedarfs bei der deutschen Kunstseidenindustrie decken. Das Abkommen enthält auch eine Preisklausel, die Voraussetzung für eine Erhöhung der Kunstseidenzölle ist.

SPD. Paris, 28.März (Eig.Drahtb.)

Der französische Resident und der Delegierte Frankreichs in Annam, die am Freitag an Bord eines Expressdampfers in Marseille eingetroffen sind, gaben Vertretern der französischen Presse interessante Erklärungen über die Hintergründe des letzten Aufstandes in Indochina. Der Resident erklärte, dass er bereits Ende des vorigen Jahres mehrere hundert Kommunisten habe verhaften lassen, da sie versuchten, unter dem Deckmantel einer annamitisch-nationalistischen Bewegung, die nie existiert habe, ein bolschewistisches Komplott zu entfesseln. Er selbst sei im Besitze einer Reihe von Original-Dokumenten, aus denen hervorgehe, dass die Revolte in einer vor einiger Zeit in Macao abge-

haltenen Konferenz beschlossen worden sei, an der russische, chinesische, annamitische und javanische Kommunisten teilgenommen hätten. Der Plan der Verschwörer sei jedoch durch den um 24 Stunden verfrühten Ausbruch der Revolte vereitelt worden. Er sollte angeblich in der Verschleppung einer Anzahl annamitischer Familien als Geiseln über die chinesische Grenze gipfeln.

SPD. Der am Freitag sozusagen auf Vorschlag des volkshervorgehenden Abgeordneten Treviranus, des ersten Vertrauensmannes Hindenburgs im Lager der Rechten, mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragte Zentrumsführer Dr. Brüning hat entgegen seiner anfänglichen Absicht und der seines Freundes Treviranus, das geplante Kabinett der Persönlichkeiten bis Freitag Abend nicht zustande gebracht. Er hofft, am Sonnabend endgültig fertig zu werden und ist unbedingt entschlossen, mit einer Regierung, ob sie nun eine parlamentarische Mehrheit hat oder nicht, zu Beginn der kommenden Woche vor den Reichstag zu treten.

Treviranus hat Brüning gemacht, und so muss Brüning seinen Freund im konservativen Lager machen. Er hat Treviranus, der gegen den Young-Plan und für den Volksentscheid Hugenberg's gestimmt hat, als Nachfolger von Curtius - man traut seinen Ohren nicht -, als Aussenminister der neuen Regierung in Aussicht genommen. Der Volkspartei hat man diesen Freundschaftsdienst schon halbwegs durch den Vorschlag schmackhaft gemacht, den volksparteilichen Fraktionsführer Scholz als Vizekanzler ohne Portefeuille in die Regierung aufzunehmen. Scholz soll sich damit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt haben, dass für Curtius und Moldenhauer ein erträgliches Arrangement geschaffen wird. Wie das zu machen ist, ob Moldenhauer in das Wirtschaftsministerium zurückkehrt oder Curtius, will man am Sonnabend nach der Rückkehr des bisherigen Aussenministers aus Locarno ausklügeln. Aber schon der Gedanke, einem Gegner des Young-Planes das Aussenministerium auszuliefern, zeigt, auf welchen Pfaden das Zentrum in Zukunft unter der Führung des Herrn Brüning zu wandeln gedenkt.

Der zweite Gegner des Young-Planes und Agitator für Hugenberg's Volksentscheid im Kabinett Brüning soll der Landbundführer Schiele sein. Schiele hatte am Freitag mehrere Unterredungen mit Brüning und schliesslich eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der auf Schiele's Anwesenheit in der neuen Regierung besonderen Wert legt. Schiele hat sich nach seiner Rückkehr von Hindenburg gegen den Willen der deutschnationalen Reichstagsfraktion unter gewissen Voraussetzungen mit der Übernahme des Reichsernährungs-Ministeriums einverstanden erklärt. Welcher Art diese Voraussetzungen sind, ist uns im einzelnen nicht bekannt. Es verlautet jedoch, dass er in erster Linie eine Ermächtigung für die Durchführung seines Agrarprogramms auf dem Verordnungswege und Homogenität zwischen der Reichs- und der Preussischen Staatsregierung gefordert hat. Sein Einverständnis mit der Übernahme des Reichsernährungs-Ministeriums lässt darauf schliessen, dass Brüning Herrn Schiele weitgehend entgegengekommen ist.

Was im einzelnen weiter werden wird, dürfte sich erst im Laufe des Sonnabends entscheiden. Sicher aber ist, dass der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth der Regierung Brüning trotz der beiden Gegner des Youngplanes und der im Grunde ihres Herzens monarchistisch denkenden Herren Treviranus und Schiele, anzugehören beabsichtigt und seinem Parteifreund Brüning seine Mitarbeit bereits zugesichert hat. Er soll nach den vorläufigen Plänen das Innenministerium übernehmen und gleichzeitig das Ministerium für die besetzten Gebiete bis zu dessen Auflösung nach der Räumung des Rheinlandes verwalten. Als Justizminister ist Rechtsanwalt Brockius in Aussicht genommen, ein rechtsstehender Zentrumsmann aus Mainz. Guerard soll in das Verkehrsministerium zurückkehren und Stegerwald das Arbeitsministerium übernehmen. Das Finanzministerium beabsichtigt Brüning für den bisherigen Reichsernährungsmini-

ster Dr. Dietrich zu reservieren. Wer sich von der Wirtschaftspartei beteiligt und ob sie sich überhaupt beteiligen wird, war bis Freitag abend völlig ungewiss. Ihr Fraktionsführer Professor Dr. Bredt erzählte am Freitag im Reichstag jedem, der es hören wollte, dass er gar nicht daran denke, in die Regierung einzutreten.

Es ist jedenfalls höchst fraglich, ob Brüning für seine Regierung eine parlamentarische Mehrheit erhält. Der eventuelle Auszug des deutschnationalen Abgeordneten Schiele aus seiner Fraktion dürfte kaum den erhofften Zuwachs aus dem intranseganten deutschnationalen Lager bringen. Die Gerüchte, dass im gegebenen Falle 40 Abgeordnete mit Hugenberg brechen und Schiele die Gefolgschaft leisten würden, sind nicht ernst zu nehmen. Aber selbst wenn sie richtig wären, würden an einer tragfähigen Mehrheit für das Kabinett Brüning noch zahlreiche Stimmen fehlen. So wächst die Wahrscheinlichkeit, dass der Führer des Zentrums entschlossen ist, mit der Auflösungsorder in der Rocktasche vor den Reichstag zu treten und die erforderlichen Finanzgesetze auf Grund des Artikels 48 durchzuführen. Neuwahlen sind deshalb zurzeit wahrscheinlicher denn je.

SPD. London, 28. März (Eig. Drahtb.)

Zahlreiche telephonische Unterredungen zwischen dem amerikanischen Hauptdelegierten Stimson und Präsident Hoover bzw. seinen engsten Ratgebern in Washington, haben zu einer Verschärfung der amerikanischen Bedingungen hinsichtlich der Beteiligung an einem konsultativen Flottenpakt geführt. Stimson hat im Laufe der letzten 24 Stunden den übrigen Delegierten zu verstehen gegeben, dass der Abschluss eines Paktes der Mittelmeermächte nicht nur die Voraussetzung für den konsultativen Pakt sein müsse, sondern dass Frankreich, England und Italien einen solchen politischen Vertrag und ein Abkommen über Seeabrüstung tatsächlich unterzeichnet haben müssen, ehe Amerika den konsultativen Pakt zeichnen kann. Auch der Pakt selbst soll sich lediglich auf eine Verpflichtung zur Beratung im Falle eines Streites beschränken und keinerlei Hinweis auf eine gemeinsame Aktion für fünf Mächte enthalten.

In London ist man der Auffassung, dass diese neue Einschränkung auf die Furcht des Präsidenten Hoover zurückzuführen sei, im Senat die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für den konsultativen Pakt nicht zu erhalten, falls es Amerika auch nur im geringsten an Europa bindet. Abgesehen davon ist die Situation noch dadurch ungünstig beeinflusst, dass die Italiener eine von Tag zu Tag deutlicher werdende Unnachgiebigkeit in der Frage der Parität zeigen.

SPD. New York, 28. März (Eig. Drahtb.)

In der New Yorker Vorstadt Bronx ereignete sich am Freitag in einem 600 Fuß tiefen Wassertunnel eine schwere Dynamitexplosion, durch die 9 Personen lebensgefährlich verletzt wurden. Die Explosion entstand, als ein Schlosser mit seinem Bohrer einer Dynamitpatrone zu nahe kam.

SPD. Paris, 28. März (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Nachmittag hielt der Sozialist Paul Boncour in der Kammer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der auswärtigen Kommission sein Exposé über den Youngplan.

Boncour stellte fest, dass nach erfolgter Räumung des Rheinlandes zwei Möglichkeiten der Kontrolle über die Entmilitarisierungsmassnahmen im geräumten Gebiet gegeben seien: die in den Haager Abkommen vorgesehene Schlichtungskommission, und das Ermittlungsverfahren des Völkerbundes aufgrund von Artikel

213 des Genfer Protokolls. Die Wirksamkeit dieses Artikels hänge allerdings bis zu einem gewissen Grade vom gegenseitigen guten Willen ab. Im Falle des ungarischen Waffenschmuggels vom St. Gotthard habe er sich nicht als allzu wirksam erwiesen. Die Kommission wünsche daher, dass sich die Kontrolle des Völkerbundes wesentlich reeller und wirksamer gestalten möge. Die Verwirklichung dieses Wunsches liege in der Linie der allgemeinen Völkerbundspolitik. Was die sogenannte vollkommene Freiheit in der Auswahl der Mittel betreffe, die Frankreich zustehen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, so müsse aufs nachdrücklichste betont werden, dass diese Freiheit nicht nur innerhalb der Grenzen des Kellogg-Paktes und des Völkerbundspaktes bestehe.

Boncour schloss mit der Feststellung, dass, wenn auch ein Teil der Kammer den Young-Plan nur aus dem einen Grund genehmige, die Regierung Tardieu nicht zu stürzen, das objektive Ergebnis doch die Verwirklichung der Politik des Friedens sei.

SPD. Der Berliner Magistrat nahm am Freitag Gelegenheit Einzelheiten über die von der Stadt Berlin getätigten Grundstücksankäufe mitzuteilen. Die Grundstücksankäufe wurden durch den Bau der Untergrundbahnen in Berlin notwendig. Die Stadt Berlin hat angesichts der steigenden Grundstückspreise kein schlechtes Geschäft mit den Käufen gemacht.

Auf Grund der vom Berliner Magistrat gegebenen Darstellung begannen die Grundstücksankäufe am Alexanderplatz, um die es sich vorzugsweise handelt, im Jahre 1926. Sie wurden in den folgenden Jahren, als die Vorbereitungsarbeiten der neuen U-Bahn Gesundbrunnen-Neukölln im Gange waren, fortgesetzt. Es war selbstverständlich, dass die Stadt die Fluchtlinienpläne der U-Bahnstrecken nicht veröffentlichen konnte. Hätte sie das getan, dann würde sie die Grundstückspreise in den in Frage kommenden Bezirken in die Höhe getrieben haben. Die Stadt hätte sich selbst ihre Käufe verteuert. Um Preistreibereien zu verhüten, wurden die Ankäufe durch Mittelsmänner durchgeführt. Bei zwei grossen Erwerbungen bediente man sich der Hilfe von Grundstücksgesellschaften (Semper Idem und Berolina). Durch dieses Vorgehen sind der Stadt ohne Zweifel grosse Summen erspart worden. Man hat auch, wo die obengenannten Methoden nicht möglich waren, zur Enteignung gegriffen mit dem Erfolg, dass man um 50% höhere Preise zahlen musste als beim freien Aufkauf.

Insgesamt wurden 140 Millionen Mark für die Grundstücksaufkäufe verwendet. Davon sind 90 Millionen Mark als direkte Aufwendungen zu betrachten. Von den Grundstücken werden voraussichtlich nur Komplexe im Werte von 20 Millionen Mark im Besitz der Stadt bleiben. Der Rest wird, sobald die Bahnarbeiten durchgeführt sind, wieder abgestossen. Von einem Verlust von 100 Millionen Mark, den die Stadt nach der Behauptung einiger Zeitungen bei diesen Ankäufen erlitten haben soll, kann keine Rede sein.

SPD. Washington, 28. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Partei Amerikas hat mit einer grossen Rekrutierungskampagne begonnen, in deren Verlauf sie im Jahre 1930 rund 30 000 neue Mitglieder zu gewinnen hofft. Als Auftakt zu diesem Werbungsfeldzug werden in den nächsten Tagen nicht weniger als 100 grosse Versammlungen in allen Teilen der USA abgehalten werden. Sonnabend und Sonntag findet eine Sitzung des Landesausschusses der Partei in Los Angeles statt.

SPD. Köln, 28.März (Eig.Drahtb.)

In Köln wurde eine Räuberbande von zehn Mann verhaftet, die systematisch monatelang die Milgüterzüge auf der Strecke Wesel-Neuss-Köln beraubte. Die Bande ist die zwölfte innerhalb eines Jahres im Stadtbezirk Köln.

SPD. London, 28.März (Eig.Drahtb.)

Der Präsident des Freistaates Irland Posgrave hat aus einer Parlamentsabstimmung, in der die Regierung in der Minderheit blieb, die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten. Posgrave wird wahrscheinlich wieder mit der Regierungsbildung beauftragt werden, da weder für den Führer der Nationalisten de Valera noch für den Führer der Arbeiterpartei, O'Connell die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Parlament besteht.

SPD. Brüssel, 28.März (Eig.Drahtb.)

In der Konferenz der Produzenten der europäischen Zucker-Industrie lehnten die deutschen Delegierten eine weitere Einschränkung der deutschen Produktion ab, da diese schon jetzt auf 50 Prozent vermindert sei. Sie wiesen zur Begründung vor allem auf die herrschende Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrie hin. Zur Behebung der Schwierigkeiten schlugen sie die Erhebung einer europäischen Taxe auf die Einführung elektrolytischen Zinks aus Amerika vor. Eine entsprechende Entschliessung wurde von der Konferenz angenommen.

SPD. Warschau, 28.März (Eig.Drahtb.)

Die Drohung des Regierungsblocks, vor der Bildung der Regierung jede Sejm-Sitzung unmöglich zu machen, lässt in der für Sonnabend vorgesehenen Sejm-Sitzung schwere Zusammenstöße zwischen den Anhängern der Regierung und der Opposition erwarten. Die Situation ist jedenfalls ausserordentlich gespannt. Der "Robotnik" fordert die arbeitenden Massen angesichts der zu erwartenden Zusammenstöße auf, für das Parlament und gegen die Anarchie einzutreten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

An das werktätige Volk!

SPD. Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der stärksten Angriffe der gesamten Reaktion, hat zur offenen Krise geführt.

Sicherung der Unterstützung für die Riesenarmee unverschuldet arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie, Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Gegensatz führte zum Bruch.

Schon im Vorjahre erfolgte ein schwerer Angriff auf die Arbeitslosenversicherung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften wiesen ihn in einmütiger Geschlossenheit zurück. Es gelang, die Leistungender Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten. Die Sozialreaktion gab sich damit nicht zufrieden. Sie will die Arbeitslosenversicherung abbauen, damit die Not die Arbeiter zwingt, Lohnherabsetzungen widerstandslos hinzunehmen.

Die Sozialdemokratie verlangte rechtzeitig die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge unter Aufrechterhaltung der Darlehnspflicht des Reiches. Aber sowohl die Erhöhung der Beiträge als auch die Beihilfen des Reiches wurden von der Deutschen Volkspartei heftig bekämpft. Sie wollte durch Drosselung der Einnahmen die Senkung der Unterstützungen erzwingen. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien am 25. März hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärt:

"Es müsse jetzt endlich ein Haltesignal für die Ausgaben aufgerichtet werden, und es sei dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung unter den stärksten finanziellen Druck zu stellen, damit die Reformen zum Abbau der Leistungen erzwungen werden."

Darum lehnte die Deutsche Volkspartei die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März ab. In ihr war eine Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Prozent vorgesehen. Zuschüsse von 200 Millionen sollten in den Haushalt des Reiches für das Jahr 1930 eingestellt werden. Die Darlehnspflicht des Reiches sollte aufrechterhalten bleiben. Dieser Vorlage, die von den volksparteilichen Ministern mit beschlossen war, stimmte die Sozialdemokratie zu.

In diesem Kampfe mit der Deutschen Volkspartei stand die Sozialdemokratie allein. Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei suchten zu vermitteln. Sie machten der Deutschen Volkspartei weitgehende Zugeständnisse, obwohl dadurch beträchtliche Fehlbeträge entstehen mussten, über deren Deckung nicht jetzt, sondern im Spätsommer entschieden werden sollte. Dann sollten entweder die Beiträge erhöht oder neue Mittel durch Verbrauchssteuern beschafft oder die Leistungen abgebaut werden.

Wenn im Spätsommer wieder keine Einigung über die Beitragserhöhung zu erzielen war, was blieb dann übrig? Nur der Abbau der Leistungen! Denn in dem Schrei nach Steuersenkungen wären neue Steuern, besonders zu diesem Zweck, nicht bewilligt worden.

Um das hohe Gut der Arbeitslosenversicherung, das für Arbeitslose wie für Arbeitende gleich wichtig ist, unversehrt durch die jetzige Wirtschaftskrise zu bringen, war die Sozialdemokratie zu grossen Zugeständnissen auf anderen Gebieten bereit. Sie hatte ihre Bedenken gegen die Erhöhung von Verbrauchssteuern und gegen die geplante Senkung von direkten Steuern zurückgestellt. Sie war bereit, auch mit Opfern der Arbeiterklasse die öffentlichen Finanzen zu sanieren, dem Wirtschaftsleben neuen Antrieb zu geben und die gewaltige Krise auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Diese Zugeständnisse konnte sie aber nur dann verantworten, wenn durch sie die sozialen Errungenschaften gesichert wurden, die für das Lebensschicksal der erwerbstätigen Bevölkerung von höchster Bedeutung sind.

Die Kompromissvorschläge der bürgerlichen Parteien aber trugen diesem Erfordernis nicht Rechnung. Sie brachten keine Sicherheit für die Finanzgesundheit, sie bürdeten breiten Massen den grössten Teil der Mehrlasten auf, ohne die sozialen Ausgaben, insbesondere die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zu garantieren.

Hier hat die Sozialdemokratie ein Haltesignal aufgerichtet. Ihre Bereitschaft zu gemeinsamer verantwortlicher Arbeit hat dort eine Grenze, wo die Interessen der werktätigen Volksschichten bedroht sind.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei richtet sich nicht allein gegen die Arbeitslosenversicherung. Er trifft die gesamte soziale Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden und damit die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Einfluss in der Koalitionsregierung benutzt, um die sozialreaktionären Pläne der Unternehmerverbände abzuwehren. Sie hat damit in voller Einmütigkeit mit den Gewerkschaften wahr gemacht, was sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feierlich versprochen hat:

An der Arbeitslosenversicherung lässt die Sozialdemokratie nicht rütteln!

Den Kampf, den die Sozialdemokratie in der Regierung geführt hat, wird sie ausserhalb der Regierung fortsetzen.

Wir gehen ungewissen Ereignissen entgegen. Schwerste Konflikte drohen.

Festes Zusammenstehen der werktätigen Massen zur Verteidigung und zum Angriff sind notwendiger denn je.

Seid wachsam und bereit! Stärkt die Reihen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 28. März 1930.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 28. März (Eig. Ber.)

Der Reichstag erledigte am Freitag inmitten der Regierungskrise in dritter Lesung den Nothaushalt. Dann setzte er die zweite Beratung des Gaststättengesetzes fort.

Es sprach der Präsident des Deutschen Gastwirtebundes, der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Köster. Er sah sich gezwungen, dem sozialdemokratischen Bearbeiter des Gaststättengesetzes, dem Abg. Sollmann, das Zeugnis auszustellen, dass dieser im Ausschuss durchaus sachlich und loyal gearbeitet habe. Ernst zu nehmen war auch noch die Erinnerung Kösters an Reden des damaligen Gastwirts und späteren Reichspräsidenten Ebert aus den Jahren 1892. Die Zitate Kösters zeigten, dass Ebert auch in diesem bürgerlichen Berufe durchaus schon die Klugheit und den Weitblick des späteren Politikers zeigte. Mit dieser Partie war es freilich auch mit dem ernst zu nehmenden Teil der Kösterschen Rede zu Ende. Was der Reichstag dann eine Stunde lang erlebte, war wirklich inmitten einer schweren politischen Krise nicht würdig. Hinter jedem Satz Kösters fast brauste minutenlanges Gelächter durch das Haus. Vom Redner nicht gewollt, sondern durch die zwerchfellerschütternde Komik seiner Beweisführung hervorgerufen. Die Alkoholgegner im Reichstage durften mit dieser ausgesprochenen Bierrede zufrieden sein.

Der Demokrat Sparrer begnügte sich, einige kritische Bemerkungen zu den Bestimmungen über die Polizeistunde und über die Möglichkeit des Schnapsverbotes an Lohntagen zu machen. Der Volksparteiler Bickes bestritt, dass von einem Anwachsen der Kriminalität infolge alkoholischer Ausschreitungen die Rede sein könne. Auch er bezeugte dem Abgeordneten Sollmann, dass dieser an Prohibitionsbestrebungen in Deutschland nicht denke. Bickes befürwortete wesentliche Abschwächungen im Gaststättengesetz. Grosser Ernst lagerte sich dann über das Haus als der Senior der deutschen Juristenwelt, Professor Kahl, das Wort nahm. Er wandte sich bitter gegen den Abgeordneten Köster und sagte, dieses Gesetz sei doch so sehr ernst, dass es ihm keinerlei Anlass zur Heiterkeit gebe. Als Kriminaljurist kenne er die tiefen Zusammenhänge zwischen Alkohol und Verbrechen und diese Zustände seien keineswegs besser geworden. Jeder Wirt könne im Gegensatz zu den Behauptungen Kösters erkennen, ob ein Gast betrunken sei oder nicht und könne ihm weitere Getränke verweigern. Leider wandte sich Professor Kahl aus juristischen Gründen gegen den Zusammenhang, der auf sozialdemokratischen Antrag im Gesetz zwischen der Konzessionserteilung, Konzessionsentziehung und der Einhaltung von Arbeiterschutzbestimmungen gemacht ist.

Die Beratung wurde dann bis nach der kommenden Regierungserklärung vertagt. Das Haus ermächtigte den Präsidenten, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Man rechnet mit dem Wiederzusammentritt am kommenden Dienstag.

Amnestie ?

Von Otto Landsberg.

SPD. Der Obrigkeitsstaat war dem Gedanken durchaus abgeneigt, seinen Gegnern, die im Kampfe gegen ihn sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches gefangen hatten, sei es durch einen individuellen Gnadenerweis, sei es durch ein Amnestiegesetz Erlass der gegen sie verhängten Strafen zu gewähren. Vorkämpfer des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten waren oft Insassen der deutschen Gefängnisse. Die Konservativen fanden das in der Ordnung. Im Volksstaat aber haben sich die Deutschnationalen zu barmherzigen Brüdern entwickelt, denen die Demokratie in dem Verzicht auf die Bestrafung ihrer Widersacher auch in den Fällen denkbar schwerster Gesetzesverletzungen nicht weit genug gehen kann.

Die deutsche Demokratie hat in den ersten 10 Jahren des Bestehens der Republik in ganz kurzen Abständen Amnestiegesetze von grössten Auswirkungen erlassen. Wäre ein deutscher Monarch in einem Amnestieerlass auch nur annähernd so weit gegangen, wie die deutsche Republik in ihren verschiedenen Amnestiegesetzen, so würden die konservativen Kreise, die jetzt die Firma Deutschnationale Volkspartei führen, den entschiedensten Protest erhoben haben. Im Jahre 1899 wurden vom Schwurgericht in Dresden einige organisierte Bauarbeiter wegen Landfriedensbruchs zu Strafen von 6, 7, 8, 9 und 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als das furchtbare Urteil im Reichstag besprochen wurde, erklärte der sächsische Generalstaatsanwalt Rüger, gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten gewendet: "Das, was Ihnen solche Furcht einflösst, ist der Umstand, dass die armen Verführten nun sehen müssen, wie der Einfluss ihrer Verhetzer sie zwar auf Jahre ins Zuchthaus bringen kann, dass aber ihr Einfluss nicht so weit reicht, ihnen die Türen des Zuchthauses auch nur um eine Viertelstunde ehe zu öffnen, als es von Rechtswegen zu geschehen hat." Der stenographische Bericht des Reichstags verzeichnet hinter diesen Worten lobhaftes Bravo, das Herrn Rüger selbstverständlich von konservativer Seite gespendet worden ist.

Am 14. Juli 1928 hat der Reichstag ein Amnestiegesetz erlassen, das für alle rechtskräftig erkannten Strafen, die von deutschen Gerichten wegen politischer, genauer wegen aus politischen Beweggründen begangener Straftaten verhängt waren, vollen Straferlass gewährte; und ferner bestimmte dasselbe Gesetz, dass Verfahren, die wegen solcher Straftaten anhängig waren, einzustellen seien, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sei. Ausgeschlossen wurden von der Straffreiheit nur

- a) Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen war,
- b) Verbrechen gegen das Leben, also Mord und Totschlag, und solche Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hatte.

Das Gesetz sah aber vor, dass Strafen, die wegen einer Tat der unter b) erwähnten Art erkannt waren, zu mildern seien und zwar ganz erheblich. Lebenslängliche Zuchthausstrafen wurden in 7 Jahre 6 Monate Gefängnis umgewandelt, zeitige Freiheitsstrafen auf die Halfte herabgesetzt, wobei an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis trat. Ich glaube nicht, dass jemals in irgend einem Staate eine Amnestie von solcher Ausdehnung erlassen worden ist. Gleichwohl genügt sie der Deutschnationalen Volkspartei nicht. Sie hat dem Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über Straffreiheit unterbreitet, der sich auf die oben unter b) aufgeführten Straftaten bezieht. Alle Strafen für Verbrechen gegen das Leben, die aus politischen Beweggründen vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sind, sollen erlassen, anhängige Verfahren wegen dieser Straftaten eingestellt und neue nicht eingeleitet werden. In der Sitzung des Reichstags vom 8. März d. J. hat Herr Dr. Everling (Dntl) den Antrag mit folgenden Worten erläutert: "Wir wünschen eine Amnestie zugunsten der Leute, die sich hingehend

für das Vaterland eingesetzt haben (!) die erst gebraucht und dann ins Gefängnis geworfen sind (!) also insbesondere zugunsten der Femeleute."

Nach den Vorgängen, die sich bei der Beratung der Amnestieanträge in den Jahren 1927 und 1928 ereignet haben, ist mit Sicherheit anzunehmen, dass die Kommunistische Partei dem deutschnationalen Antrag zustimmen wird. Wenn sie die wegen Mordes und Totschlags Verurteilten befreien kann, die durch die Begehung ihrer Straftaten der KPD zu nutzen geglaubt haben, kommt es ihr nicht darauf an, auch die Fememörder laufen zu lassen, natürlich unter dem Vorbehalt, bei nächster Gelegenheit über ihre Amnestierung in der Öffentlichkeit die heftigsten Beschwerden zu erheben.

Für die Sozialdemokratische Partei ist der deutschnationale Antrag unannehmbar. In einer Zeit, in der fast täglich von fanatischen Anhängern der extremsten Parteien Verbrechen gegen das Leben begangen werden, muss es geradezu als Anstiftung zum Mord und Totschlag bezeichnet werden, wenn der Gesetzgeber Verbrechen solcher Art als Bagatelle behandelt. Man kann sehr wohl der Ansicht sein, dass das Amnestiegesetz von 1928 bereits zu weit gegangen ist. Keineswegs kommt ein voller Straferlass zugunsten von Menschen in Betracht, die ruchlos das Leben von Mitmenschen vernichtet oder doch zu vernichten gesucht haben, aus keinem anderen Grunde als dem der politischen Gegnerschaft. Noch unzulässiger erscheint es, von Gesetzeswegen die Einstellung von Strafverfahren zu dekretieren die das schwerste Verbrechen zum Gegenstand haben, das das Strafgesetzbuch kennt den Mord. Wenn unter dem deutschnationalen Antrag die Unterschriften der juristisch gebildeten Herren von Freytagh-Loringhoven, Hanemann, Hergt, Rademacher, Schulz-Bromberg und Graf Westarp stehen, so geht daraus hervor, dass man die juristischen Examina bestanden haben kann und doch keine Spur von Rechtsbewusstsein zu haben braucht. Ein Staat, der dem zur Untersuchung und Aburteilung eines Mordes berufenen Richter in den Arm fällt und ihm verbietet, das begangene schwere Unrecht zu sühnen, hat auf den Namen eines Rechtsstaates keinen Anspruch.

Man mache sich nur einmal die Konsequenzen des deutschnationalen Antrages klar. Die Mörder von Erzberger, von Gareis und anderen Vorkämpfern der Republik würden sich vor der deutschen Öffentlichkeit ihrer Taten rühmen können. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die nationalsozialistische Partei sie zur Belohnung für ihre Verbrechen sogar in eines der deutschen Parlamente wählen würde, wo sie von der Tribüne herab für die Art des politischen Kampfes, die ihrem Wesen am besten liegt, also für die Ermordung politischer Widersacher, Propaganda machen könnten. Die Mörder des armen Münchener Dienstmädchens, das der Münchener Einwohnerwehr von dem Vorhandensein eines Waffenlagers Meldung erstattet hatte, und das dafür als Verräterin in feiger Weise ums Leben gebracht worden ist, von Buben, die niemals den Mut gehabt haben, sich zu ihrer Tat zu bekennen, die Mörder von armen Teufeln, die bei der schwarzen Reichswehr aus Gründen, die in den Augen normaler Menschen nicht die mindeste Beweiskraft haben, als Verräter betrachtet und ohne jedes auch nur scheingerichtliche Verfahren aus dem Hinterhalt niedergestreckt worden sind, sollen völlig frei und unangefochten den Lebensweg fortsetzen können, von dem sie andere, meist völlig unschuldige Menschen hinuntergestossen haben. Es bedarf der provozierenden Begründung nicht, mit der ein Everling diesen Antrag versehen hat, um ihn für die Sozialdemokratische Partei indiskutabel zu machen.

Den Deutschnationalen ist an der Wahrung der Ehre der Deutschen Republik nichts gelegen; ihnen ist es nur recht, wenn Deutschland sich Gesetze gibt, deren Inhalt zu den lebhaftesten Zweifeln an dem sittlichen Charakter der Deutschen Republik Anlass gibt. Wir Sozialdemokraten aber wollen, dass die Deutsche Republik in der Welt sich allgemeiner Achtung erfreut und dass kein Land berechtigt ist, auf das unsrige mit Fingern zu zeigen. Deshalb werden wir den deutschnationalen Amnestieantrag einmütig ablehnen.

Aus aller Welt

Immer wieder Duelle...

Der Unsinn der Bestimmungsmensur - Die Sorgen von "Teutonia" und "Allemania"
Ein milder Staatsanwalt und milde Richter.

SPD. Wegen einer Bestimmungsmensur hatten sich am Freitag vor dem Schöpfungengericht Moabit zehn Studenten zu verantworten: sie wurden sämtlich freigesprochen.

Die Straftat ist an sich eine Bagatelle: etwas, was in Universitätsstädten alle Tage vorkommt. Dagegen ist die Erörterung der prinzipiellen Frage: ob es den Akademikern in alle Ewigkeit gestattet sein soll, sich zu duellieren, während gewöhnliche Sterbliche, wenn sie mit Waffen aufeinander losgehen, wegen Körperverletzung mit Gefängnis bestraft werden, von grösster Bedeutung. Unser Strafgesetzbuch ahndet Zweikämpfe mit tödlichen Waffen mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Festungshaft. Angehörige von Berliner Burschenschaften - "Teutonia" und "Allemania" - sind durch einen anonymen Brief denunziert worden: sie haben sich gegen den § 215 vergangen, indem sie "Bestimmungsmensuren" ausfochten.

Die Beweiserhebung ist sehr schnell erledigt. Der Vorsitzende des Schöpfungengerichts stellt seine Fragen als Fachmann. Er fragt mehr in die Angeklagten hinein, von denen zwei unentschuldigt weggeblieben sind, als aus ihnen heraus. Er stellt fest, dass den Angeklagten, die mit "Binden und Bandagen" gesichert waren, das Bewusstsein der tödlichen Wirkung ihrer Waffen gefehlt habe. Die Mensur würden sie als eine Art Sport betrachten, bei dem die "geistige Haltung" - der Ausdruck stammt vom Richter - berücksichtigt werden muss; ein Sport, bei dem ein besonderer Mut zu beweisen ist. "Wie kommt die Mensur zustande?" lautet eine Frage. Und die Antwort: "Eine Beleidigung lag nicht vor." Im Gegenteil es ist so: Freunde und Kameraden fechten "Freundschaftsmensuren" aus; die Beteiligten werden vom Fechtwart der Verbindung einander gegenübergestellt.

Der Staatsanwalt beginnt sein Plädoyer merkwürdigerweise mit dem Hinweis auf mildernde Umstände: die jungen Leute gäben "erfreulicherweise" alles offer zu, das spiele beim Strafmass eine Rolle. Das Reichsgericht erblicke in einer Schlägermensur einen Zweikampf mit tödlichen Waffen, der dadurch, dass die Duellanten sich durch Binden schützten, diesen Charakter nicht einbüsste. Er schliesse sich dieser Auffassung an - im andern Falle müsste die Tat als Körperverletzung angesprochen und mit Gefängnis geahndet werden. Mit anderen Worten: das Gesetz meint es ja eigentlich gut mit den rauflustigen Herren Studenten. Als Milderungsgründe stünden ihnen zur Seite: sie sind jung, unbestraft und aufrichtig. Er beantragt die Mindeststrafe - 3 Monate Festungshaft.

Die vier Verteidiger brauchten sich daraufhin nicht mehr gross anzustrengen. Der Herr Staatsanwalt, der höchstwahrscheinlich selber Alter Herr einer schlagenden Verbindung ist, hat es vergessen, darauf hinzuweisen, weshalb das Gesetz die Schlägermensur unter Strafe gestellt hat - noch 1926 ist diese Auffassung unzweideutig bekräftigt worden: weil immer wieder bei diesem angeblich harmlosen und so "ritterlichen" Sport tödliche Verletzungen vorkommen. Er hat ferner vergessen, dass dieser Art des Fechtens, bei der im Gegensatz zum Säbel- und Florettfechten der Körper still und unbeweglich gehalten wird, überhaupt kein sportlicher Wert beizumessen ist. Und drittens, dass Bestimmungsmensuren und Verbindungskontrahagen, bei denen man ungeschützt mit schweren Säbeln aufeinander einhaut, untrennbar miteinander verbunden sind.

Die Herren Verteidiger ergänzen das sehr flüchtige Plädoyer des Staatsanwalts in sehr bemerkenswerter Weise. Sie müssen notgedrungen den § 215 zerpfücken und auf die tieferen Beweggründe zu diesem für Aussenstehende so schwer verständlichen Brauch der deutschen Studenten aufmerksam machen. Zwei von ihnen meinen zwar, die Mensur habe mit "Politik" nichts zu tun, aber einer wird sehr deutlich: es gehe bei dem Kampf gegen das Duell um eine "Weltanschauungsfrage". Den schlagenden Verbindungen werde der kriegerische Geist an=erzogen. Er zitiert: "Wenn es gilt für's Vaterland, nimm die Klinge treu zur Hand!" - wobei der unparteiische Zuhörer sich an Mechterstädt erinnert.

+ + +
Jakubowski weiter entlastet. Die Freitag=Verhandlung im Jakubowski=Prozess, die wiederum im Schulgebäude von Schönberg (Mecklenburg) stattfand, brachte viele Aussagen zutage, die Jakubowskis Charakter in einem hellen Lichte erscheinen lassen. Zuerst wird der Zeuge Beutling vernommen, der ein früherer Mitgefänger von August Nogens und Jakubowski gewesen ist. August Nogens hat nach Beutlings Aussage zu ihm im Gefängnis geäußert: "Mein armer Schwager ist unschuldig. Die Alte, dieses Aas, dieser Deubel, und ich, wir gehören vors Beil!" Im Wachen und im Schlafe soll Nogens, offenbar von Gewissensbissen gequält, immer von dem Russen gesprochen haben. Eine Frau Ressor berichtet, dass Frau Kähler ihr ein paar Tage vor der Hinrichtung Jakubowski erklärt hätte: "Nein, nein, er ist es nicht gewesen!" Rechtsanwalt Brandt: "Frau Kähler, woher wussten Sie denn, dass Jakubowski es nicht gewesen sei? Sie haben doch immer sonst das Gegenteil gesagt! Nur wer selbst bei der Tat zugegen war, kann wissen, wer sie nicht begangen hat." - Die Zeugin schweigt. Anschliessend wird ein ehemaliger Mitgefänger des August Nogens vernommen, der Zeuge Roth. Auch ihm soll August Nogens gesagt haben; "Keiner weiss es besser als ich, dass Jakubowski es nicht getan hat." Dieser Zeuge war auch der Uebermittler des letzten Grusses des Hingerichteten an Frau Kähler in Palingen. Frau Kähler ist nach Roths Aussage in höchster Erregung vom Stuhle aufgesprungen und rief: "Er ist auch unschuldig." - Landwirt Fahrenkrug, ein früherer Arbeitgeber des August Nogens, berichtet, wie Nogens immer und immer wieder von der Jakubowski=Sache gesprochen hat und immer betont habe, dass der Russe bestimmt unschuldig hingerichtet worden wäre. August soll wörtlich gesagt haben: "Ich kann meinen Kopf dafür hinlegen, denn ich weiss, wer es getan hat". Nunmehr fragt Rechtsanwalt Dr. Brandt Fritz Nogens: "Fritz, Sie sind der einzige hier im Saale, der uns die Wahrheit sagen kann, ob August der Täter ist. Denn Sie sind dabei gewesen!" Fast schreiend antwortet Fritz Nogens: "Nein, ich bin nicht dabei gewesen, dabei bleibe ich!" - Belastend für Jakubowski ist die Aussage eines Mitgefängenen des Hingerichteten, des Zeugen Meyer, der allerdings schon in ein Meineidsverfahren verwickelt gewesen und wegen Diebstahls vorbestraft ist. Nach ihm wäre Jakubowski der Anstifter des Kindesmordes gewesen; für 20 Mark will Jakubowski auch Kreuzfeld für die Tat gewonnen haben. Der Zeuge bleibt unvereidigt.

+ + +
Ein falscher Petroleumfürst. Die Sensation Warschaus bildet gegenwärtig die Verhaftung des Sprösslings einer der adligsten Familien Polens, des 36jährigen Fürsten Thomas Lubomirski. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Anzeige eines Lemberger Notars, der sich im Besitz von unbezahlten Wechseln des leichtsinnigen Fürsten auf eine Summe von rund 300 000 Zloty, soviel wie etwa 150 000 Mark befindet. Lubomirski hatte diese Wechsel für den Kauf von nicht=existierenden Petroleumfeldern ausgestellt und das erhaltene Geld dann beim Kartenspiel verloren.

+ + +
Todesfahrt eines Bahnarztes. Von einem überholenden Güterzug erfasst und getötet wurde auf der Strecke Ferdinandshof=Borckenfriede bei Stettin der Bahnarzt Dr. Görlach aus Ferdinandshof, als er die Strecke mit einem Schienenrad entlangfuhr, um einen Patienten im Bahnwärterhaus zu besuchen.

+ + +

Die vergiftete Butterstulle. Auf dem Vieh=Markt in Liebenwerda an der preussisch=sächsischen Grenze brach plötzlich der 33jährige Viehhändler Lösche aus Gross=Thiemig (Sa.) unter schweren Zuckungen zusammen; nach einer Viertelstunde verschied er. Es stellte sich heraus, dass der Butter seines Frühstücksbrottes, das er kurz vorher gegessen hatte, Strychnin beigemischt war. Sofort wurden die Ehefrau des Lösche und sein früherer Geschäftsfreund, ein 65 Jahre alter Viehhändler Weber aus Ortrand, verhaftet. Weber, der mehrfach vorbestraft ist und in sehr schlechtem Rufe steht, war seit einiger Zeit mit Lösche verfeindet. Man rechnet mit der Möglichkeit, dass Weber Lösche ermorden wollte, um sich mit seiner Frau anzufreunden und dadurch schliesslich auch in materiellen Besitz des Viehhändlers zu kommen. Lösche, dessen Frau 29 Jahre alt ist, hinterlässt zwei Kinder. Von seiner Frau glauben die Dorfbewohner, dass sie an der Mordtat unbeteiligt ist.

+ + +
75 000 Mark gefällig? Das in einer Kölner Kollekte gespielte Los Nr. 97 289 der Dombaulotterie ist vor einiger Zeit mit dem Höchstgewinn von 75 000 Mark herausgekommen - nur der Besitzer hat sich bis heute nicht gemeldet. Fünf Personen sind wohl auf der Bildfläche erschienen, die angeben, das Los verloren zu haben - aber wem soll man glauben? Zu den Fünf gehört auch eine Frau Brügger aus Frechen bei Köln, die die Nummer des Loses, das ihr Mann gekauft hatte, auf einen Kalender geschrieben haben will. Der Mann der Frau Brügger verbüsst zur Zeit im Kölner sogenannten Klingelpütz eine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls. Vergeblich wurden aber seine Wertsachen von Gefängnisbeamten durchsucht. Brügger selbst glaubt sich nun erinnern zu können, das Los im Alkoholrausch auf die Strasse geworfen zu haben. Aber selbst wenn Frau Brügger nachweisen kann, dass die Losnummer auf ihrem Kalender stand - sie will Zeugen dafür haben - so würde Brügger doch sein Glück von sich geworfen haben, denn die Dombaulotterie steht auf dem rechtlich wahrscheinlich haltbaren Standpunkt, dass sie die 75 000 Mark nur gegen Abgabe des Loses auszuzahlen braucht.

+ + +
Fischkutter-Katastrophe vor Island. Nach einem Telegramm aus Reykjavik auf Island ist der Fischkutter "Ernstine" an der isländischen Küste gestrandet. Von der 26 Mann starken Besatzung sind 8 ertrunken. Die übrigen 18 wurden an Land gerettet, wo noch ein weiterer Mann der Besatzung infolge der ausgestandenen Leiden und Strapazen starb. Unter den Geretteten befindet sich auch der Kapitän.

+ + +
Provisionskrieg ums Kriegsbuch. Vor dem Landgericht I in Berlin fand in einem sehr interessanten Prozess um Schicksal und Geschichte des Remarque'schen Kriegsbuchromans "Im Westen nichts Neues" der erste Termin statt. Es handelt sich darum, dass ein Freund Remarques, Dr. Fritz Meyer, der seinerzeit wie Remarque beim Scherl=Verlag angestellt war, vom Verlag Ullstein dafür eine Provision von mindestens 10 000 Mark verlangt, dass er es gewesen sein will, der ihm das berühmte Kriegsbuch, aus dem Ullstein bis heute einen Reingewinn von 1½ bis 2 Millionen Mark gezogen haben soll, zugeschanzt habe. Tatsächlich ging der Vorschlag, das Buch zu Ullstein zu geben, von Meyer aus. Remarque stand bereits mit dem S. Fischer=Verlag in Verhandlung. Remarque hatte gegen Ullstein das Bedenken, dass er als Angestellter des Scherl=Verlages fürchtete bei der Publizierung durch Ullstein seine Stellung zu verlieren. Diese Bedenken will Meyer dem Remarque ausgeredet haben und auf seine Veranlassung sei dann das Buch zuerst unter dem Pseudonym Kasper Sirr zu Ullstein gekommen. Meyer behauptet, bei den Verhandlungen zwischen Ullstein und Remarque sehr intensiv mitgewirkt zu haben. Ein gleichwertiges Angebot soll dann auch noch von S. Fischer gekommen sein, der aber deswegen zurücktreten musste, weil er den Vorabdruck in der "Vossischen Zeitung" nicht bieten konnte. Die deutsche Auflage des Werkes hat bereits 1 Million überschritten.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die englische Lohndruckoffensive.

Spuren, die schrecken.

SPD. Die Unternehmerpresse versucht zur Zeit in einer immer stürmischer werdenden Tonart den Arbeitern klar zu machen, dass sie sich auf eine Senkung der Löhne gefasst machen müssen. Lohnabbau - das ist für die "Retter" der Wirtschaft der Weisheit letzter Schluss. Daher auch der Riesenlärm ihrer Presse im Anschluss an den Verzweiflungsschritt der Belegschaft des Stahlwerks Becker-Krefeld, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit sich mit einem Lohn- und Gehaltsabbau abfinden wollte. Nicht nur in schwerindustriellen, sondern auch in demokratischen Blättern werden die Arbeiter freundlichst darauf aufmerksam gemacht, dass der Druck auf die Löhne zwar im Augenblick noch keine Realität sei, aber vielleicht bald eine Realität werde. Das ist deutlich genug. Unter diesen Umständen ist ein Hinweis auf die Erfahrungen, die in England mit dem Lohndruckexperiment gemacht worden sind, sicherlich am Platze. Er wird Unbelehrbare natürlich nicht belehren, aber für Leute, die noch sehen können, zeigt er, dass die Spuren der englischen Lohndruckoffensive schrecken.

Die schwersten Krisenherde in der englischen Wirtschaft liegen gegenwärtig in der wichtigsten Exportindustrie des Landes, in der Textilindustrie. Der im Zentrum der englischen Wollindustrie angehäufte Konfliktstoff hat bereits zu einer scharfen Entladung geführt. Die Unternehmer haben etwa 200 000 Wollarbeitern und -arbeiterinnen eine Lohnherabsetzung um etwa 9 % zugemutet. Sie begründen diesen rigorosen Vorstoss mit der angeblichen Unmöglichkeit, bei den bestehenden Produktionskosten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. In einer Urabstimmung haben die beteiligten Belegschaften mit überwältigender Mehrheit das Ansinnen der Unternehmer zurückgewiesen. Fast 75 % erklärten sich für die Ablehnung und nur 21,2 % für Annahme der Vorschläge. Wenn also in zwölfter Stunde nicht die Regierung eingreift, wird in der englischen Wollindustrie schon in den nächsten Tagen ein Arbeitskonflikt zum Ausbruch kommen, von dem nicht weniger als 200 000 Arbeiter, d.h. einschliesslich ihrer Familienmitglieder fast 1 Million Menschen betroffen würden.

Die Vorgeschichte dieses Arbeitskampfes sowie der Ausbruch des Konflikts hat verzweifelte Ähnlichkeit mit dem Riesenkampf in der englischen Baumwollindustrie im August vergangenen Jahres, wo im Lancashire-Revier durch die Lohndruckoffensive der Unternehmer eine drei Wochen dauernde Aussperrung von 500 000 Arbeitern und Arbeiterinnen provoziert wurde. Es ist im gegenwärtigen Augenblick sehr nützlich, sich die Folgen des Arbeitskampfes in Lancashire zu vergegenwärtigen. In den drei Wochen Aussperrung gingen nicht weniger als 72 Millionen Arbeitsstunden verloren, und der Lohnausfall für die ausgesperrten Belegschaften stellte sich bei einem durchschnittlichen Wochenlohn von 47 Schilling für die männlichen und 32 Schilling für die weiblichen Arbeiter auf über 60 Millionen Mark.

Welche unseligen Folgen diese Lohndruckoffensive der Unternehmer, die immerhin mit einer 6%igen Herabsetzung gegenüber den geforderten 12½ % Lohnsenkung endete, für die britische Baumwollwirtschaft gehabt hat, tritt jetzt erst durch die fühlbare Drosselung der Massenkaukraft deutlich in Erscheinung. Die Baumwollunternehmer von Lancashire, die in den guten Textiljahren

nach dem Kriege ihre Gewinne sinnlos vergeudet, haben immer und immer wieder betont, dass die Lohnhöhe die Wurzel alles Übels für die Baumwollindustrie in England sei. Jetzt, wo die gedrückten Löhne länger als ein halbes Jahr in Kraft sind, wird im englischen Parlament bereits wieder über eine Staatssubvention an die "notleidende Baumwollindustrie" diskutiert. Die Bank von England soll sich bereit erklärt haben, 40 Millionen Mark zu Rationalisierungszwecken in die Baumwollfabriken zu stecken, allein die Lage ist derart verfahren, dass auch diese enorme Summe als unzureichend erklärt wird. Wie katastrophal sich die Lage für die Textilarbeiter in Lancashire zugespitzt hat, zeigen die sprünghaft anwachsenden Arbeitslosenziffern, die im nordwestlichen Gebiet bereits 400 000 Textilarbeiter umfassen, von denen allein 100 000 in den letzten drei Monaten, also nach der Lohnsenkung (!!!) hinzugekommen sind.

Die Folgen der Lohndruckoffensive sind also vergrösserte Absatzschwierigkeiten und dementsprechend vermehrte Arbeitslosigkeit. Es grenzt nahezu an wirtschaftlichen Wahnsinn, wenn die englische Baumwoll- und Wollindustrie, die teils durch die Folgen des Krieges und die Industrialisierung der überseeischen Länder (China, Japan, Indien) teils aber auch durch eigene organisatorische Unfähigkeit schwerste Exportverluste erlitten hat, jetzt dazu übergeht, durch Lohnsenkungsaktionen auch noch den Inlandsmarkt abzdrosseln.

Der Vorstoss der Wollunternehmer hat auch eine politische Seite. Seit Jahr und Tag treiben die Unternehmer schärfste Propaganda für Zollerhöhung auf Wollwaren, sie beissen aber bei dem ausgesprochenen Gegner von Schutzzöllen, den Finanzminister Snowden, auf Granit. Snowden hat, noch bevor die Labourparty an die Regierung kam, wiederholt auf den unglaublichen Schlendrian in der britischen Wollindustrie hingewiesen. Immer wieder hat er in parlamentarischen Debatten und in Vorträgen vor den Gewerkschaften erklärt, dass die technische Einrichtung der Betriebe in den letzten Jahren gröblich vernachlässigt worden sei und dass die Wollindustrie nur mit Hilfe einer durchgreifenden Rationalisierung aus ihren Schwierigkeiten herauskommen könne.

Die Ereignisse in England sollten dem deutschen Unternehmertum zu denken geben. Wollen sie sich mit aller Gewalt durch eine Lohnsenkungsaktion selbst in die Nessel setzen? Sie könnten doch eigentlich wissen, dass die Weltkonjunktur, bei der sie im letzten Jahre während des Rückgangs der einheimischen Kaufkraft weitgehend profitiert haben, zur Zeit scharf abgeebbt ist. Wenn sie also bei der Verschärfung der Lage auf den Weltmärkten die Kaufkraft der breiten Massen, im Inland durch Lohnsenkung und Aussperrungsaktionen abwürgen, sägen sie nur einem grossen Teil ihrer eigenen Leute den Ast ab, auf dem diese sitzen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat für die Beschäftigung männlicher jugendlicher Arbeiter im Steinkohlenbergbau über Tage, in Walz- und Hammerwerken und in der Glasindustrie mit Zustimmung des Reichsrats drei neue Verordnungen erlassen, die den gesundheitlichen Schutz der Jugendlichen erweitern.

Für die Glasindustrie wird die Beschäftigung von Kindern, Arbeitern und Arbeiterinnen unter achtzehn Jahren, z. T. auch von Arbeiterinnen über achtzehn Jahren bei verschiedenen Arbeiten ganz verboten oder nur unter besonderen Bedingungen gestattet. Es handelt sich um Arbeiten, die entweder durch grosse Hitze (Arbeiten vor den Öfen), durch Staub (Absprengen, Kröseln, Schleifen des Glases) oder durch Entwicklung von Dämpfen (Ätzen mit Flussäure) gesundheitsschädigend wirken können. Für jugendliche männliche Arbeiter, die mit den erwachsenen Arbeitern als Gehilfen, Lehrlinge und Einträger Hand in Hand arbeiten, mussten wie bisher gewisse Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot zugelassen werden. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter achtzehn Jahren, die mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten oder nachts beschäftigt werden, sind regelmässige

ge ärztliche Untersuchungen vorgeschrieben.

In den Walz- und Hammerwerken konnte bisher abweichend von dem sonst geltenden Verbot der Nachtarbeit für männliche Arbeiter unter 16 Jahren volle Nachtarbeit genehmigt werden. Das soll nach der neuen Verordnung, abgesehen von einer kurzen Uebergangsfrist, nicht mehr zulässig sein; jedoch kann den Werken, die in mehreren Schichten arbeiten, gestattet werden, die Arbeitszeit der Jugendlichen in der zweiten Schicht bis zehn Uhr abends auszudehnen. Auch in der Verordnung für die Walz- und Hammerwerke ist eine regelmässige ärztliche Untersuchung für Arbeiter unter achtzehn Jahren vorgesehen, sofern sie nach zehn Uhr abends beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern und von Arbeiterinnen in Walz- und Hammerwerken bleibt verboten.

Der Verordnung über die Beschäftigung von männlichen Arbeitern unter sechzehn Jahren im Steinkohlenbergbau über Tage entspricht ungefähr der alten Verordnung von 1913. Vorgesehen ist, dass Beginn und das Ende der Beschäftigung der Jugendlichen etwas früher oder später liegen kann, als in der Gewerbeordnung sonst für Jugendliche gestattet ist, da sich ihre Arbeitszeit nach der Arbeitszeit der übrigen Belegschaft richten muss. Das bedeutet natürlich nicht volle Nachtarbeit. Eine einmalige ärztliche Untersuchung ist vor der Einstellung in den Betrieb vorgeschrieben. Den Jugendlichen müssen auf Grund der neuen Verordnung fest umgrenzte Ruhepausen gewährt werden. Sie haben künftig innerhalb der höchstens achtstündigen Schicht eine Ruhepause von einer halben Stunde oder zwei Ruhepausen von je einer Viertelstunde, zu denen ausserdem die sich aus der Arbeit ergebenden kurzen Unterbrechungen treten.

SPD, Krefeld, den 28. März (Eig. Drahtber.)

Die Vertreter der Angestellten- und Arbeitergewerkschaften haben das Angebot der Werksleitung des Stahlwerks Becker besprochen, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Die christlichen Gewerkschaften sind geneigt, mit der Firma zu paktieren.

SPD, Bochum, den 28. März (Eig. Drahtber.)

Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau hatten auf 124 Schachtanlagen folgendes Ergebnis: Bergarbeiter-Verband 79 343 Stimmen (590 Mandate), Christen 46 156 (316), Hirsch-Dunker 2 400 (7), Polen 241 (2), Kommunisten 33 892 (204), Syndikalisten 2 765 (17), Gelbe 4 813 (16), Sonstige 2 001 (4).

SPD. Wie im Rheinland so sind auch in Westfalen, Ostpreussen und Brandenburg im Baugewerbe von den Tarifämtern bindende Schiedssprüche gefällt worden, die eine Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Löhne bis zum 31. März 1931 vorsehen.

Hieraus kann man natürlich auf den Gesamtverlauf der Lohnbewegung im Baugewerbe noch keinen Schluss ziehen.

SPD. In den Kölner Schuhfabriken wurden nur freigewerkschaftliche Listen bei den Betriebsrätewahlen aufgestellt. Es wurden insgesamt 23 Arbeiterratsmitglieder gewählt. Auch die Angestellten hatten nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt. Hier wurden 11 Mitglieder gewählt.

Wirtschaft Technik Handel

Gewerkschaften und Aktienrechtreform.

Verankerung der Betriebsräte im Handelsgesetzbuch. — Gegen Klein- und Arbeiteraktie.

SPD. Der skandalöse Zusammenbruch des Frankfurter Lebensversicherungskonzerns hat hinreichend bewiesen, wie notwendig die Reform unseres Aktienrechts ist. Seit der Inflation reiht sich in der privaten Wirtschaft zum Schaden der Nation und der gesamten Volkswirtschaft Skandal an Skandal. Wären Verfehlungen wie sie z.B. beim Frankfurter Lebensversicherungskonzern oder bei der Harburger Teutonia festgestellt werden mussten, in der Wirtschaft der öffentlichen Hand passiert, dann wäre der Gedanke der Gemeinwirtschaft für immer kompromittiert. Man würde nach Ausnahmegesetzen gegen die Gemeinwirtschaft rufen. Die private Wirtschaft greift man dagegen mit Glacehandschuhen an. Die Reform unseres Aktienrechts kommt nur schwer in Gang.

Das Reichsjustizministerium hat vor einem Jahr Fragebogen mit nicht weniger als 720 Einzelfragen zur Beantwortung an die interessierten Verbände versandt, um ihre Stellungnahme zur Frage der Aktienrechtreform kennenzulernen. Seitdem geht in der Öffentlichkeit eine lebhaftige Debatte, wie unser Aktienrecht, das seit 1897 so ziemlich unverändert geblieben ist, zu reformieren wäre. Man hat viel Gutes und Brauchbares vorgeschlagen. Aber man arbeitet im Grunde genommen mit alten Rezepten, die keine Garantie bieten, dass sich Verfehlungen wie im Frankfurter Lebensversicherungskonzern nicht mehr wiederholen. Unserer Auffassung nach hat man vor allem vergessen, einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in die Kontrolle der Aktiengesellschaften einzuschalten, nämlich die Arbeiterschaft, die auf Gedeih und Verderben mit der Wirtschaft verbunden und deshalb berufen ist, eine streng unnachsichtige Kontrolle auszuüben.

Der Fragebogen des Reichsjustizministeriums ist auch vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) beantwortet worden. Die Antwort der beiden gewerkschaftlichen Spitzenverbände geht vom folgenden Grundgedanken aus: "Im Laufe der Entwicklung ist jedes einzelne der grossen, zumeist in der Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmungen infolge seines Umfanges und seiner wirtschaftlichen Machtstellung immer wichtiger für die Gesamtheit geworden. Daraus folgt erstens, dass das Eigeninteresse des einzelnen Aktionärs hinter dem Interesse und Wohl des Unternehmens zurückzustehen hat. Damit soll der einzelne Aktionär natürlich nicht entrechtet werden. Es wird im Gegenteil gefordert, dass er gegen Übergriffe und Eigenmächtigkeiten der Verwaltung geschützt werde. Aber das Allgemeininteresse, das sich unter Umständen im Schutze des Einzelbetriebs gegen die privaten Ansprüche der mitbesitzenden Aktionäre ausdrücken kann, geht diesen privaten Ansprüchen vor. Als zweite Folge ergibt sich, dass der Volks-gesamtheit erhöhte Kontrollmöglichkeit und grösserer Einfluss auf die Unternehmungen gewährt werden muss. Dementsprechend sind die Hauptpunkte der von den Gewerkschaften geforderten Reform 1. Wirksame Ausdehnung der bisher völlig mangelhaften Publizität der Aktiengesellschaften; 2. Sicherung und Erweiterung der Rechte, die den Betriebsräten im Aufsichtsrat zustehen; 3. Gesteigerung

te Verantwortlichkeit der verschiedenen Gesellschaftsorgane und ihrer einzelnen Mitglieder gegenüber dem Gesamtunternehmen sowie gegenüber dem Einzelaktionär; 4. die Möglichkeit eines regulierenden Eingriffs seitens des Reiches. Um diesen Gesichtspunkten bei der Reform Geltung zu verschaffen, wird eine Umgestaltung des äusseren Aufbaus der Aktiengesellschaft (Verwaltung, Aufsichtsrat, Generalversammlung) nicht erforderlich sein."

Aus dieser Einstellung heraus wird gefordert: "1.) Eine bessere Publizität der Aktiengesellschaften durch ausgedehnte gesetzliche Vorschriften, Verbesserung der Bilanzklarheit durch Einführung von Bilanzformularen, Zweimonatsberichte über Umsatz, Aufträge und Beschäftigungsgrad und Überwachung der Publizität der Aktiengesellschaften durch eine öffentliche Stelle; 2.) Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls der verschiedenen Gesellschaftsorgane und ihrer einzelnen Mitglieder gegenüber den Aktionären und der Allgemeinheit, Verschärfung der Haftpflicht der Gründer, des Vorstandes und des Aufsichtsrates, Regelung des Fragerechts des Einzelaktionärs und der Auskunftsverweigerung durch die Verwaltung, Erleichterung der Rückgriffsklage von Aktionärsminderheiten gegen Aufsichtsratsmitglieder, Haftbarmachung auch von Grossaktionären für entstandenen Schaden; 3.) Befugnis des Reiches, eine Aktiengesellschaft aus Gründen des öffentlichen Wohls aufzulösen; 4.) Die Gewährung des mehrfachen Stimmrechts ist zweckmässiger von der Genehmigung einer staatlichen Prüfungsstelle abhängig zu machen; auch sollen bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen die beteiligten öffentlichen Körperschaften das gesetzliche Recht erhalten, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Vorschläge der Gewerkschaften über Rechte und Pflichten der Betriebsräte im Aufsichtsrat, Die Materie ist in einem Sondergesetz geregelt. Die Gewerkschaften fordern jetzt die Verankerung im Handelsgesetzbuch. Dazu wird ausgeführt: "Es ist im Handelsrecht klarzustellen, dass der Aufsichtsrat aus den von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern und aus den Betriebsratsmitgliedern besteht. Ferner fordern die Gewerkschaften grundsätzlich, dass die Betriebsräte im Aufsichtsrat in jedem Organ der Gesellschaft ausserhalb des Vorstandes und in jeder Kommission des Aufsichtsrates vertreten sein sollen. Es hat sich nämlich die Gewohnheit herausgebildet, dass die Aufgaben des Aufsichtsrates von kleinen Kommissionen wahrgenommen werden, von denen die Betriebsräte ausgeschlossen sind. Wenn Kommissionen gebildet oder Sonderbefugnisse an Einzelmitglieder übertragen werden, so sind diese den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats Rechenschaft schuldig. Dem letzten Endes soll der Gesamtaufichtsrat die Verantwortung tragen. Daraus ergibt sich wiederum, dass jedes Aufsichtsratsmitglied jederzeit über die Angelegenheiten der Gesellschaft Berichterstattung vom Vorstande verlangen kann, und dass ihm das Recht zustehen muss, in den Generalversammlungen gehört zu werden, gleichgültig, ob es Stimmrecht besitzt oder nicht."

Im übrigen wenden sich die Gewerkschaften gegen die Kleinaktie und sprechen sich für die Tausend-Mark-Aktien aus. Diese Stellungnahme wird damit begründet, dass man geschäftsunkundige kleine Sparer nicht zur Spekulation verleiten soll. Die Gewerkschaften lehnen auch die von bürgerlichen Sozialreformern immer wieder empfohlene Arbeiteraktie ab; sie bedeutet, so bemerken die Gewerkschaften dazu, die Einschränkung der Freizügigkeit des Arbeitnehmers und die Abhängigkeit des Arbeitverdienstes von einer Dividende, die ohne Mitwirkung der Belegschaft festgesetzt wird, und von einer Geschäftspolitik, an der die Arbeitnehmerschaft nicht massgebend mitwirkt.

SPD. Die Bank Jakob Goldschmidts, die Darmstädter und Nationalbank (Danat) hat auch im Jahre 1929 ihren Aufstieg fortgesetzt. Die Summe der fremden Gelder, an der sich die Entwicklung am besten beobachten lässt, ist um rund 300 auf 2384 Millionen Mark gestiegen. Das Wechselgeschäft (einschliesslich unverzinsliche Schatzanweisungen) ist von 557 auf 605 Millionen Mark gestiegen; der stark vermehrte deutsche Export hat die Bevorschussung lagernder und schwimmender Waren von 266 auf 378 Millionen Mark ansteigen lassen - bisher die stärkste Steigerung bei allen Grossbanken - und die laufend gewährten Kredite haben sich von 889 auf 1017 Millionen Mark vermehrt.

Bemerkenswerterweise und im Gegensatz zu anderen Grossbanken sind die Börsen- und Lombardkredite nicht gefallen, sondern von 139 auf 161 Millionen Mark gestiegen. Freilich war auch die Danat wegen des schlechten Börsenjahres auf grossen Wertpapiermengen sitzengeblieben, die in der Bilanz von 25 auf 38 Millionen Mark gestiegen sind; gleichzeitig haben sich die Konsortialpapiere bei der Danat vom 25 auf 37 Millionen Mark erhöht.

Jakob Goldschmidt, der Herr und Meister der Danat, hatte immer den Ehrgeiz ein kleines Kapital (seit 1924 nur 60 Millionen Mark) und hohe Reserven zu haben (schon seit 1928-60 Millionen oder 100% des Kapitals). Davon profitiert Herr Goldschmidt jetzt bei der Gewinnrechnung; er brauchte sich um seine 12-prozentige Dividende weniger Sorge zu machen als andere Grossbankkollegen. Obwohl der Umsatz von 220 auf 245 Milliarden gestiegen ist, sind die Provisions- und Zinseinnahmen von 75,34 auf 72,76 Millionen Mark zurückgegangen und der - freilich wieder sorgfältig zurechtfrisierte Reingewinn ist sogar von 16,71 auf 11,80 Millionen Mark gesunken. Der um 25 Milliarden gestiegene Umsatz wurde dabei wieder von demselben 7300 Mann starken Personal bewältigt.

Jakob Goldschmidt ist in dem wieder persönlich von ihm selbst verfassten Geschäftsbericht seinem Ruf treu geblieben, der Romantiker unter den Bankgewaltigen zu sein. Geistvoll und geschmeidig ist auch dieser Bericht wieder, freilich auf Kosten der Solidität und Richtigkeit. Herr Goldschmidt konstatiert für das vergangene Jahr eine weit um sich greifende Vertrauenskrise im ganzen Lande und dekretiert die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik vom Reich und Kommunen einfach als Verantwortliche dafür. (Die Favag-Katastrophe und die hundert privaten Bankzusammenbrüche braucht Herr Goldschmidt ja nicht zu nennen!) Hinsichtlich des Youngplans hält es Herr Goldschmidt nach einer unverbindlichen Verbeugung vor Herrn Hugenberg schliesslich mit der Proklamation Hugengebgs, ebenso wagt er aber auch, natürlich soll es wieder nicht weh tun, einen halben Angriff gegen Herrn Schacht, den Verantwortlichen für den viele Kreise so enttäuschten Youngplan.

Im übrigen macht sich Herr Goldschmidt auch jetzt wieder dadurch etwas verdient, dass er die Intensität der jetzigen Wirtschaftskrise als beste Grundlage für einen sicheren baldigen Wiederaufstieg kennzeichnet und zum Optimismus über die Wirtschaftslage auffordert. Natürlich sieht auch er - kein Grossbankier kann aus seiner Haut heraus - die Rettung nur in einer Senkung der öffentlichen Ausgaben und er bleibt ganz dem jetzt die Öffentlichkeit beherrschenden Unternehmerjargon treu, wenn er auch vor einem Abbau der Arbeitslosenversicherung nicht zurückschrecken will. Es fehlt dabei nicht die Zitierung der in der Unternehmerpresse schon berühmt gewordenen Stahlwerk-Becker-Belegschaft, die davon träumt, durch eine Lohnkürzung die Stilllegung eines Stahlwerks verhüten zu können, und Herr Goldschmidt zitiert auch - die Perle in seinem Bericht - mit Genugtuung einige Plattheiten der "Sozialistischen Monatshefte", in denen gesagt wird, dass ein armes Volk seinen Verbrauch nicht erhöhen dürfe. Freilich braucht man da nur zu fragen, was Herr Goldschmidt und was sein Gewährsmann bei den "Sozialistischen Monatsheften" mit der heutigen Überkapazität jener deutschen Industriegesellschaften anfangen will, die heute alle Börsenkurse drückt, wenn die Betriebe nicht durch Steigerung des Inlandsverbrauchs trotz unserer Armut zum Vollauf gebracht werden.

Börsenbericht

(für die Woche vom 24. bis 29. März.)

SPD. Das Feld beherrschten im Laufe der verfloßenen Woche ganz entschieden die festverzinslichen Papiere, Staatsanleihen und Länderanleihen, Stadtanleihen, Pfandbriefe und dergleichen. Diese Entwicklung ist keineswegs überraschend gekommen; sie hat sich seit Jahresbeginn allmählich durchgesetzt, bis die schnell aufeinanderfolgenden Diskontsenkungen immer deutlicher werden liessen, dass bei diesen meist mit 7 bis 10 % fest verzinslichen Papieren die grösste Rentenchanse gegeben ist. Aber es wäre trotzdem falsch, wollte man glauben, dass nun etwa alle erfolgten Käufe aus bisher brach liegendem Kapital erfolgt seien. Zu einem sehr hohen Prozentsatz handelte es sich vielmehr um die Anlegung von kurzfristigen Geldern, die auf diese Weise einen höheren Gewinn als bei normaler Ausleihung einbringen. Daher darf man keine übereilten und falschen Schlüsse auf unseren nach wie vor schwachen Kapitalmarkt ziehen.

Die fest verzinslichen Papiere aller Kategorien sind stark im Kurse gestiegen. Erst in der zweiten Wochenhälfte setzte eine Beruhigung und ein kleines Nachgeben der Kurse ein. Bei diesen schwerfälligen Werten ist jedoch der Zeitraum einer Woche zu kurz, um Vergleichen über die Kursentwicklung anzustellen. Berücksichtigt man aber einmal die ersten drei Monate des Jahres, dann kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. Die Anleiheablöschungsschuld des Reiches, lange ein Stiefkind, ist von etwa 50% auf über 55% gestiegen. Die bekannte 7%ige steuerfreie Reichsanleihe blieb allerdings infolge ihres schon immer guten Kurses mit 99% unverändert. Dafür ist z.B. die 6%ige Badische Staatsanleihe von 68,5 % auf zeitweise 79% gestiegen, um erst in den letzten Tagen eine Kleinigkeit nachzugeben. Die 8%ige Braunschweig-Hannoversche Staatsanleihe verbesserte ihren Kurs von 83,25 % auf 91%, ist aber jetzt ebenfalls etwas niedriger. Die Wiederaufbauanleihe des Reiches, die noch zu Jahresbeginn mit 24,37% ausserordentlich schlecht im Kurse stand, ist inzwischen bis über 35% gestiegen, also fast eine 50%ige Steigerung im Werte. Auch die Staatsanleihen haben wesentliche Besserungen aufzuweisen. Von den Berliner Anleihen konnten die 7%ige von 1928 von 86% auf 94% und die von 1924 von 72% auf 77% anziehen.

Nicht anders ging es mit den Pfandbriefen der Hypothekenbanken. Die an sich schon hoch stehenden 10%igen Pfandbriefe der Berliner Hypothekenbank konnten sich natürlich mit einer Bewegung von 100,5% auf 101,5% nur wenig heben. Auch bei den 8%igen Braunschweiger Hypothekenbank Pfandbriefen ist die Erhöhung von 96 auf 97% nicht stark, wie überhaupt in erster Linie die niedrig verzinslichen Werte profitierten. So stiegen die 7%igen Berliner Hypothekenbank Pfandbriefe von 82,30% auf 91% und die 6%igen Leipziger Hypothekenbank Pfandbriefe von 80% auf etwa 85,5 %.

Hinter diesen Bewegungen bleiben die Aktien weit zurück. Nicht einmal in der vergangenen Woche konnten die letzten Montagskurse behauptet werden, wenn sie auch schliesslich nicht allzuweit dahinter zurückblieben. Die politischen Ereignisse blieben ganz ohne Einfluss. Starke Schwankungen hatten vor allem wieder Kunstseideaktien aufzuweisen. Bemberg gingen von 155 bis 142% zurück, waren dann wieder 150% und am Freitag 152½%. Aku sanken von 103% bis 94%; erholten sich dann auf 100% und waren am Freitag 100½ - 99½%. Recht gut gehalten lagen I.G. Farben, die von 168,5 auf 166,5 und dann auf 169½% gingen. Von den Elektrowerten mussten Siemens nach 256% bis auf 250% heruntergehen, konnten sich dann aber wieder auf 255% bessern und waren am Freitag 254½%. Dagegen lagen am Montanmarkt Rheinische Braunkohle schwächer und zwar waren sie nach 237% bis 233,5% heruntergedrückt, um dann am Freitag 233% zu notieren. Vereinigte Stahlwerke blieben mit 95,5 zu 96,5% behauptet. Dagegen lagen Reichsbank mit einer Bewegung von 291 auf 286% schwach, am Freitag waren sie dann sogar 284%. Die Grossbankaktien hielten im Gegensatz dazu ihren Kurs während der ganzen Woche, so z.B. Deutsche Bank und Diskontogesellschaft bei etwa 149%. Auch Polyphtonaktien waren mit 279 bis 277% nur unwesentlich verändert, am Freitag notierten sie alsdann wieder 279%.

Hoffnung auf Schiele.

(Berliner Getreidebörse vom 28. März.)

SPD. Die innerpolitische Entwicklung übte am Freitag eine starke befestigende Wirkung auf die Berliner Produktenbörse aus. Da man im Lande vielfach damit rechnet, dass Schiele das Ernährungsministerium übernimmt, war das Angebot an Brotgetreide seitens der Landwirtschaft sehr knapp. Obwohl nur wenig Umsätze zustandekamen, wurden gleichwohl für Weizen und Roggen in effektiver Ware 1 bis 2 Mark höhere Preise erzielt. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen bei Weizen leicht, bei Roggen um 1 bis 2 Mark befestigt. Beide Brotgetreidearten konnten im Verlaufe der Börse noch weiter im Preise anziehen. Am Mehlmarkt sind die Forderungen der Mühlen wieder erhöht worden. Nach einer vorübergehenden Belebung zeigen jedoch jetzt die Käufer grössere Zurückhaltung, sodass sich die höheren Preise nicht mehr ohne weiteres erzielen lassen. Nach Gerste zeigte sich wieder bessere Nachfrage. Auch hat Hafer eine feste Tendenz. Die Forderungen sind erhöht, werden aber nur zögernd bewilligt.

27. März 28. März
(ab märkische Station in Mark)

| | | |
|------------------------------|-------------|-------------|
| Weizen | 248 - 259 | 249 - 251 |
| Roggen | 142 - 145 | 144 - 148 |
| Braugerste | 164 - 175 | 165 - 178 |
| Futter- und Industriergerste | 144 - 155 | 145 - 157 |
| Hafer | 129 - 139 | 131 - 141 |
| loco Mais Berlin | 167 | - |
| Weizenmehl | 27,25-35,25 | 27,50-35,50 |
| Roggenmehl | 20,50-23,75 | 20,60-23,75 |
| Weizenkleie | 8,50- 9,00 | 8,50- 9,00 |
| Roggenkleie | 8,75- 9,25 | 8,75- 9,25 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $264\frac{1}{2}$ - $266\frac{1}{2}$ (Vortag $264\frac{1}{2}$); Juli $270\frac{1}{2}$ - $271\frac{1}{2}$ Geld ($269\frac{1}{2}$). Roggen Mai $162\frac{1}{2}$ - $163\frac{1}{2}$ Geld ($161\frac{1}{2}$), Juli $169\frac{1}{2}$ - $170\frac{1}{2}$ ($167\frac{1}{2}$). Hafer Mai $145\frac{1}{2}$ - 148 (142), Juli $152\frac{1}{2}$ - 154 ($147\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(28. März.)

SPD. Die Preise auf dem Schweinemarkt gaben in allen Klassen nach, da das Angebot durchaus genügte; jedoch erzielten ausgesuchte Tiere Preise über Notiz. Auf dem Kälbermarkt war das Geschäft glatt. Beste Mast- und Saugkälber zogen im Preis an. Der Auftrieb genügte. Auf dem Rindermarkt wurden Qualitätssohnen gesucht. Im übrigen war das Geschäft ruhig. Massgebend waren die letzten Notierungen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
 Kühe: a) 41-47 (voriger Markt 41-46), b) 33-40 (32-40), c) 28-30 (28-30),
 d) 22-27 (22-27), Kälber: a) -, b) 78-85 (78-83), c) 60-80 (62-80), d) 38-58 (40-60),
 Schweine: a) (über 300 Pfd.) 70 (72), b) (240-300 Pfd.) 69-70 (70-72),
 c) (200-240 Pfd.) 67-69 (69-72), d) (160-200 Pfd.) 65-67 (66-69), e) (120-160 Pfd.) 62-63 (65-67), f) (unter 120 Pfd.) -, g) (Sauen) 62 (64-65).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 28. März 1930.

Partielle Sonnenfinsternis.^x

Von G. Steffun.

SPD. Diesen Monat habe ich - Spass beiseite! - den vierteljährlichen Mietzins pünktlich bezahlt. Andererseits muss ich zugeben: die Schuld für unbezahlte Elektrizitätsrechnungen wuchs ins Ungemessene. Ich war schon drei Monate im Rückstande. Immerhin gaben ich und meine Frau uns der Hoffnung hin, man werde das Licht bis zur nächsten Gehaltsauszahlung nicht ausschalten.

Tatsächlich ging bis zum 29. alles grossartig. Aber am 30., gerade am Vorabend der Auszahlung, trat die Katastrophe ein: es erschien ein Beauftragter der Elektrizitätsgesellschaft und verlangte, ich möge ganze vier Rechnungen berapen.

"Morgen bezahle ich alles," versuchte ich ihn zu überreden. "Morgen bekomme ich mein Gehalt und werde alles ordnen beim Zeus!"

Nichtsdestoweniger zeigte sich der Beauftragte unbeugsam: "In diesem Falle bleibt nichts anderes übrig, als die Leitung abzusperrn. Eine einfache Geschichte. Wenn wir kein Geld erhalten, müssen wir den Strom ausschalten. Das reimt sich sogar.....!" Er lächelte vor Vergnügen über den vermeintlich prächtigen Witz. Gleich darauf aber legte er sein Gesicht wieder in amtlich strenge Falten. Er entnahm seiner Tasche irgendwelche fürchterlichen Instrumente und fragte stocksachlich: "Das heisst also, Sie wollen nicht zahlen?"

"Teurer Freund", machte ich einen letzten Versuch, "versetzen Sie sich in meine Lage; ich muss heute Abend einen wichtigen Bericht abfassen, und morgen hab' ich Gäste. Wie soll ich da ohne elektrisches Licht auskommen? Urteilen Sie selbst! Ehrenwort! Ich will ein Schuft sein; morgen kriegen Sie Geld, gleich in der Frühe. Wenn Sie wünschen, gebe ich es Ihnen schriftlich, ein Täubchen!"

"Versetzen Sie sich in meine Lage: meine Pflicht ist es, zum Inkasso zu schreiten. Also, was ist los? Zahlen Sie, oder zahlen Sie nicht? Also nicht. Wollen Sie mir gefälligst eine Leiter borgen, damit ich den Draht durchschneiden kann...." Dabei hantierte er geschäftig mit seinen Instrumenten.

"Leitern führe ich nicht", versetzte ich mit Festigkeit. "Ich bin nicht verpflichtet, Feuerutensilien auf Lager zu halten."

"Dann darf ich vielleicht um einen Stuhl bitten?" meinte der Beauftragte, ein Kompromiss suchend.

"Auch einen Stuhl kann ich Ihnen leider nicht zur Verfügung stellen. Meine Stühle sind alle erstklassig, Wiener Fabrikat, speziell zum Sitzen eingerichtet. Das wäre ja noch schöner, wollte da jeder fremde Mensch mit den Füssen darauf herumtrampeln und den Lack abwetzen. Ich gebe Ihnen keinen Stuhl!"

"Hätten Sie nicht vielleicht irgend eine Kiste?" bemerkte der Beamte beklommen und starrte sehnsüchtig nach der Decke, wo sich ein feiner schwarzer Draht in schwindelnder Höhe - seinen Zangen unerreichbar - befand.

"Auch Kisten besitze ich nicht. Weder Kisten noch Körbe. Auch Koffer sind nicht da. Nichts Derartiges. Kommen Sie morgen; vielleicht gelingt es mir, bei einem Onkel eine Kiste zu leihen. Kommen Sie morgen oder in nächster Zeit!"

"Vielleicht könnten Sie sich bei Nachbarsleuten einen Stuhl ausborgen?"

"Das kann ich nicht zulassen, dass man fremde Möbel in meine Wohnung schleppt. Heute ist es nur ein Stuhl, morgen bringt man gleich ein Klavier und schliesslich die gesamte Wohnungseinrichtung. Ich erlaube es nicht."

"Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als den Draht im Treppenhaus abzuschneiden." Sprach's und begab sich zur Nachbarin Maria Tichonowna, einer grässlichen Megäre. Die gab ihm sogleich einen Stuhl; er durchschnitt mit tierischer Rohheit den Draht und brachte Plomben an.

Abends kaufte ich Kerzen und ging bereits daran, die Elektrizitätsgesellschaft verwüschend, meine Arbeit zu verrichten, als plötzlich meine Gattin mit echt weiblicher Neugierde sich am Schalter zu schaffen machte. Auf einmal rief sie aus: "Männer, denk' mal, das Licht brennt!" Und wirklich, es brannte, als ob nichts vorgefallen wäre. Da pries ich die Elektrizitätsgesellschaft und vertiefte mich in meine Arbeit. Schon nach wenigen Minuten läutete es draussen. Ich drehte das Licht aus und öffnete. Es war die Nachbarin Maria Tichonowna. Die Megäre erkundigte sich mit heuchlerischer Freundlichkeit: "Sagen Sie, brennt es bei Ihnen?"

"Nein, Gott sei Dank... wir verspüren auch keinen Rauch."

"Auch bei uns brennt es nicht. Der Beamte scheint irrtümlich auch mich abgeschaltet zu haben, wo ich doch die Rechnungen zwei Monate im voraus beglichen habe."

"Ach... Sie sprechen vom elektrischen Licht! Das ist tatsächlich unangenehm. So müssen Sie unschuldig leiden. Wenn der Beamte wiederkommt, um den Schaden wieder auszubessern, rufen Sie mich unter allen Umständen, damit ich ihm einen Stuhl borgen kann... Sie gehen schon? Nun, alles Gute! Verzeihen Sie, das ist nicht Ihr Hut, sondern der meiner Frau. Ja, es ist finster, man sieht nichts. Warten Sie, ich dreh' sofort das Licht auf... und dann suchen wir Ihren Hut..."

Ich berührte den Schalter. Blendend helles Licht erstrahlte im Flur. Maria Tichonowna war nahe daran, die Platze zu kriegen. Seither grüsst Sie mich nicht mehr. Das ist ihre Sache. Ich habe immer gesagt, sie sei eine alte Megäre.

Allerdings hat man mir das Licht schliesslich noch abgesperrt. Nach zwei Monaten kamen sie mit einer eigenen Leiter und zerschnitten den Draht.

Nur eines tröstet mich. Maria Tichonowna sitzt noch immer bei Kerzenbeleuchtung. Sie muss warten, bis ihre Reparatur an die Reihe kommt; und das hat noch gute Weile.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Fahrt durch den Hochbalkan.

Von unserm Balkankorrespondenten.

II.

SPD. Wir haben uns an Ford gewöhnt; wir parieren seine Knüffe und sehen einander grinsend an, wenn unsre Körper zwischen Himmel und Erde, zwischen Decke und Polster schweben und die Funken uns aus den Augen stieben. Ob wir an einen Rückzug dachten?? Oh ja, mehr denn einmal. Aber da der Mensch nun einmal von Natur aus optimistisch ist und wir nach dem Regen ideelle Sonne erwarteten, jagten wir die Rückzugsgedanken zum Teufel und fügten uns in das Geschick. Der Mann am Volant tat sein Möglichstes, und wir hielten still, bis wir mit der Hirnschale in der nächsten Sekunde wieder in den Sternen baumelten und die Koffer uns derartig auf die Schienbeine rasselten, dass wir vor Schmerz dem Aufheulen nahe waren. Wie schön, jetzt in einer kleinen Konditorei zu sitzen oder als Gigolo zu tanzen oder den Duft einer schönen Frau zu atmen oder als

goldverschürter Husar durch die Strassen zu reiten - - - man pfeift automa-
tisch die Melodien dieser neuesten Schlager und stöhnt im Refrain laut auf, wenn
die Schläfe gegen eine Seitenwand gefeuert wird. Vom Wege ist nicht mehr viel
zu sehen. Die Räder drehen sich im Kiese und über die Klamotten des unmittel-
bar an unser Gefährt streifenden Flussbettes. Manchmal sitzt der Wagen auch bis
zur Achse in der Strouma, und man erwägt, ob man nicht doch lieber eine Karte für
die Rückfahrt lösen soll. Doch die Auskunft beruhigt, dass es nur noch zwei
Stunden bis zur Grenze sind. Also in des Balkans Namen Vollgas und - - Krach,
mit dem Schädel in die Decke! Man versucht ein kurzes Nickerchen zu machen:
Krach - - mit dem Schädel in die Decke! Man versucht eine Karte zu studieren:
Krach - - mit dem Schädel in die Decke!

Aus zwei Stunden sind zwar dreieinhalb geworden, aber wir haben's doch ge-
schafft. Eine komische Grenze. Nichts zu sehen als Gebirge, ein Fluss, ein Uni-
kum, das man Weg nennt, ein Stück Brücke, einige Bäume. Wenn man jedoch näher
hinsieht, erblickt das Auge Lehmbaracken und einige Gestalten, die eher in
Wallensteins Lager als hierher an die bulgarischen Grenzpfähle und die grie-
chische Postenkette passen. Der Motor haucht sein letztes Tönchen von sich,
das Zittern der Karre erstickt, der Mann am Volant wischt sich den Schweiss
von der Stirne und nickt uns mitleidig zu, denn wir sind seekrank geworden.
Beim Betreten der Erde schwingt das Hirn im Pendelschlag, die Knie schwanken,
man bittet um sein eignes Gleichgewicht und fühlt sich von der Kanaille ver-
lassen. Die wenigen Meter bis zum nächsten Lehmklumpen, dem "Grenz-Kommando",
dünken gleich einer Prozession nach einem Wallfahrtskirchlein auf steilem
Felsgipfel. Ein Unteroffizier nimmt die Pässe ab. Das Benzingefährt wird ab-
gelohnt, da ein Uebertreten griechischer Kraftwagen auf bulgarisches Gebiet
unzulässig ist und erst nach Durchlauf eines zeitraubenden und äusserst um-
ständlichen Instanzenweges in Athen und Sofia genehmigt wird. Wobei nicht sel-
ten bis zum Empfang der zustimmenden oder ablehnenden Antwort ein Jahr verge-
hen soll.

Da es zuerst leise, dann immer stärker zu regnen anfängt, steht man allein
umgeben von seinem Gepäck und von drei Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett,
im Hochbalkan bei Koula. Stunde auf Stunde verrint. Halb durchnässt hat man
etwas Umschau gehalten, um bei dieser Gelegenheit Bekanntschaft mit ausseror-
dentlich scharfen Militärhunden zu machen, die in zweihundert Meter Abstand
längs des Grenzflusses in einigen in die Erde eingegrabenen Hütten an der Ket-
te liegen, von der sie nachts befreit werden. Denn so unscheinbar dieser Flek-
ken Koula in geographischer Hinsicht ist, so grosse Bedeutung kommt ihm in
politischer Beziehung zu. Koula ist nämlich, im Grenzdreieck Bulgarien= Grie-
chenland = Jugoslawien gelegen, als einziger Uebergangsort über den Hochbalkan
das Austrittszentrum der bulgarischen Komitadschi-Banden, die von hier aus
schwer bewaffnet ihre Züge nach Griechisch- und Jugoslawisch=Mazedonien zum
Bombenlegen und Niederknallen politischer Gegner unternehmen. Deshalb ist der
griechische Grenzschutz an dieser Stelle ausserordentlich scharf, und das Ge-
lände gleicht eher dem eines Stellungskrieges als einer friedlichen Landes-
grenze. Während die Hunde die Wacht am Flusse halten, stehen die griechischen
Grenzwachen auf einer Hügelkette, auf der man in recht ungeschickt ange-
brachten Strohschobern leicht Maschinengewehre und kleinkalibrige Geschütze
feststellen kann, die ihre Schlunde drohend gen Bulgarien richten. Kein Wun-
der, dass man in Athen an diese Stelle die entsprechende Mannschaft postier-
te und einen Kommandanten des Grenzpunktes ernannte, der mit allen Salben ge-
schmiert ist!

Doch all' diese Feststellungen verkürzen wohl für einige Dauer die Lange-
weile; als jedoch aus einer Stunde des Wartens ihrer etliche werden, wird's
langweilig. Niemand weiss, wo die Pässe sind; niemand weiss, wann wir weiter
können. Schon bricht der Abend herein, Sterne sind bereits am Firmament zu se-
hen, und der Mond schickt seine Sichel auf die Walze. Endlich wird die Sache
doch etwas bunt. Man fragt nach dem Postenchef und macht seiner Entrüstung

darüber Luft, dass man ausgerechnet in Koula stundenlang festgehalten wird. Posten flitzen hin und her, Ordonanzen erscheinen, Zöllner in Zivil fühlen sich als Better der Situation verpflichtet und laden zu einem verteuert feurigen Kognak ein. Und als es beinahe stockduster ist, die Hunde bereits an ihren Ketten reißen, ein Scheinwerfer nach Komitadschis fahndet und der Karbidmond an Galgen in der Grenzbrückenmitte zischend seinem Geschäfte nachgeht, erscheint, auf einen Krückstock gestützt, einen bis zu den Knöcheln gehenden Mannschaftsmantel umgehängt und die Pässe in der Hand Garibaldo in höchst eigener Gestalt. Die lautlose Stille durchdonnert ein "Ochi", dies verteuerte griechische "Nein"; die Pässe klatschen auf den Tisch, und über der Szene liegt Hochspannung. Ein langes Gefeilsche hin, ein langes Gefeilsche her; wir dürfen nicht passieren; seit heute Morgen besteht eine Verordnung, nach der jedes die Grenze passieren wollende Individuum sich vorher in dem 5 Stunden entfernten Sidirocastro melden und sich ein Sondervisum beschaffen muss. Echt balkanisches Geschrei! Wir beschimpfen uns in echt balkanischen Flüchen und Verwünschungen. Der eine nennt den andern einen Spion und der andere den einen einen Türken, die schlimmste Bezeichnung für einen Griechen. Plötzlich wird man sich sympathisch. Jeder zahlt eine Runde; eine Note wechselt den Besitzer, und der Schlagbaum der Grenze öffnet sich. - -

Die Tscheka in Paris.

SPD. Das rätselhafte Verschwinden des ehemaligen zaristischen Generals Kutienoff hält die Pariser nun schon seit Monaten in Spannung. Erst vor einigen Tagen verbreitete die Pariser Polizei, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem neusten Aktendiebstahlsskandal in der Affäre der Madame Hamann abzulenken, durch ein ihr ergebenes Blatt einen - in diesem Falle völlig unwahrscheinlichen - Bericht, nach dem die Tscheka den ehemaligen Zarengeneral in ihrer Gewalt habe. Dass jedoch wirklich die politische Polizei der Bolschewisten ausserhalb der sowjetrussischen Grenzen zu operieren versteht, hat sie schon oft genug bewiesen.

Bereits im Jahre 1922, als die kommunistische Partei Russlands noch nicht alle Sozialisten erschossen oder verschickt hatte, sann die Tscheka auf einen entscheidenden Schlag. Zu diesem Behuf bereitete man einen Monstreprozess vor. Die Opfer für den Prozess schmachteten schon lange in den Gefängnissen der Tscheka. Die Eingekerkerten - die Mitglieder des Zentralbüros der Sozialrevolutionären Partei - verfügten indessen noch über ein gewaltiges moralisches Prestige bei der breiten Masse der Bevölkerung, und ohne triftiges Beweismaterial konnte man diese ehemaligen Kampfgenossen nicht an die Wand stellen. Es galt also, das Vertrauen der Massen zu den Gefangenen zu erschüttern. Der Generalstaatsanwalt der Sowjet-Republik Krylenko dachte damals zu diesem Ziele zu kommen, wenn er sich Dokumente verschaffte, die beweisen sollten, dass die Beschuldigten von Moskau aus mit Kerensky nicht nur in Verbindung ständen, sondern auch mit ihm gemeinsam gegen Sowjetrussland eine Interventionsarmee aufzustellen suchten. An die Tscheka erging deshalb die kategorische Order: Die Dokumente sind zu beschaffen, koste es was es wolle! Die Agenten sausten los!

Eines Tages trat in das Büro Kerenskys in Paris ein junger Mann in jämmerlichem Aufzug und bat um Arbeit. Aus Mitleid wurde er eingestellt. Er erwies sich als sehr anständig und zuvorkommend. Keine Gelegenheit liess er unversäumt, um Kerensky, "seinen Meister, sein Ideal, das er anbetet", tiefste Ergebenheit zu zeigen. Er übertrieb die Dankesbezeugungen der Art, dass man beinahe an seinem Verstande zweifelte. Aber was sollte aus dem armen Teufel werden, wenn

man auf seine Tätigkeit verzichtete? - -

Der arme, hilflose Emigrant war aber nicht irgend einer aus der grossen grauen Masse der Geflüchteten, sondern Korotenko, der persönliche Adjutant des Generals Korniloff, der die weisse Armee geschaffen hatte. Der Konjunkturschwung hatte ihn auf die andere Seite gebracht. Noch waren die kommunistischen Positionen unter den Russen in Paris sehr schwach; da galt es die monarchistischen Verschwörergruppen mit in das Komplott einzubeziehen. Das fiel dem Weissgardisten von gestern nicht schwer. Die Monarchisten hatten es sich nämlich zur Aufgabe gemacht, Kerensky zu beseitigen. Er hatte die Zarenregierung gestürzt; er hatte die Revolution gemacht; er hatte die Herrschaft der Bolschewisten vorbereitet; er war für alles Unglück des Heiligen Russland in erster Linie verantwortlich. Die Monarchisten hatten gegenüber den Büros Kerenskys eine Zimmerflucht gemietet, um ihren Gegner aufs genaueste zu überwachen. So kam Korotenko mit ihnen in Verbindung. Nach Büroschluss besuchten ihn häufig seine Landsleute von drüben. Er hatte keine Mühe, ihr Vertrauen zu erwerben, umso mehr, als auch in den Verschwörerkreis sich schon einige Agenten der Tschecha eingeschlichen hatten. An den Tod Kerenskys dachte schon lange keiner mehr. Die Dokumentensammlung des ehemaligen Regierungschefs war wichtiger. In einer Geheimbesprechung wurde beschlossen, das Archiv auf die Seite zu bringen. Nur einer stand der Operation ablehnend gegenüber... Am andern Tage starb er plötzlich an Kolikanfällen. - -

Der Coup auf das Büro Kerenskys war auf einen schönen Maienfesttag festgesetzt. Die Büros waren geschlossen. Ein Taxameter hielt in der Rue Vineuse. Damals waren es noch keine graue Limousine, keine Frau im beigefarbenen Mantel und kein falscher Polizist, sondern die Inhaber der gegenüberliegenden Wohnung Kotelnikoff und Sitsinsky. Wenige Minuten später fuhr der Wagen mit dem Geheimarchiv, das bis auf das letzte Aktenstück ausgeräubert worden war, unter Vollgas nach dem Nordbahnhof. In Wiesbaden wurde neue Order in Empfang genommen. Auf dem Berliner Flughafen wurden die gestohlenen Dokumente an Bord eines Sowjetflugzeuges gebracht. Und Krylenko, der bolschewistische Generalstaatsanwalt, war nun im Besitze seines sehnlichst erwünschten "Beweismaterials". Das Schicksal der gefangenen Sozialrevolutionäre war besiegelt.

Korotenko und Kotelnikoff - Sitsinsky war klugerweise in Paris geblieben - verlangten nun ihren Judaslohn. "Wir haben den Dienst geleistet, Dank unserer Tätigkeit - - . Das erfordert Belohnung. - - "

Sie wurden in der Tat belohnt - nach der Art, wie die Tschecha belohnt. Der ehemalige Monarchist Kotelnikoff, der energischste von Beiden, wurde erschossen. Korotenko, der weniger Unternehmende, durfte froh sein, dass man ihm das Leben liess und ihn verbannte. Nur hörte man niemals mehr etwas von ihm.

Noba.

Wir leben auf einer Eierschale.^x

SPD. Schon früh hat man in Gruben, Brunnen usw. beobachtet, dass bei zunehmender Tiefe auch die Temperatur wächst. Es gibt eine Tiefe, in der die Temperaturschwankungen, die auf der Erdoberfläche durch Witterungseinflüsse eintreten, nicht mehr spürbar sind. In den Kellern des Pariser Observatoriums hat 1783 der berühmte Physiker Lavoisier ein solches Thermometer, das die "konstante Temperatur" von elf und dreiviertel Grad zeigt, in einer Tiefe von 28 Metern eingebaut.

Je tiefer man nun steigt, desto höher werden die Temperaturen, wobei sie in der gleichen Tiefe immer die gleiche Anzahl von Graden haben. Der Wert schwankt je nach Art des Geländes; aber man kann durchschnittlich sagen, dass bei je 33 Metern tiefem Eindringen in die Erde die Temperatur um einen Grad

steigt, bei hundert Metern also um rund drei Grad.
In Gruben oder Brunnen ist die Messung der Temperaturen an sich nicht schwierig; man steigt hinunter und liest unten das Thermometer ab. Aber in vielen Fällen ist das nicht möglich.

Dafür haben nun 1929 zwei Geologen, Friedel und Maikowsky, ein Instrument erfunden, das in das betreffende Loch hinabgelassen wird und an der Stelle, an der gemessen werden soll, Quecksilbertropfen absondert, mit deren Hilfe man an der Erdoberfläche, wenn das Thermometer wieder zurückgegangen ist, die unten angezeigten Temperaturen noch ablesen kann.

Wenn die Temperatur bei 100 Metern um drei Grad steigt, so steigt sie bei hundert Kilometern um 3 000 Grad. Bei dieser Hitze sind sämtliche Körper in gasförmigen Zustand. Es ist also als sicher anzunehmen, dass die feste Rinde, die die Erde bedeckt, nicht mehr als 100 km dick ist. Das ist im Verhältnis zum Durchmesser der Erde die Dicke einer Eierschale. Und auf dieser Eierschale leben wir Menschlein!

Die älteste Landesbücherei.^x

SPD. Die Antwort auf die Frage nach der ältesten Landesbücherei wird manchem überraschend sein: es ist von dem assyrischen König Assurbanipal, der von 668 bis 630 v. Chr. regierte, angelegte Sammlung von Tontafeln mit Texten in Keilschrift, die man bei den Ruinen der alten Paläste in Ninive ausgegraben hat. Die Tafeln werden heute im Britischen Museum in London aufbewahrt. Die Schriftzeichen auf den Tafeln, die mit eckigen Griffeln, wahrscheinlich Bambusstäben, in die Tafeln eingeritzt wurden, sind so klein, dass man sie meist nur mit einer Lupe lesen kann. Die Bücherei enthält vor allem amtliche Schreiben, die sich auf verschiedenartige Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten beziehen, in denen man sich an den König direkt wandte. So wird beispielsweise der König in einem Schreiben gefragt, ob die edeln Tiere des Königs, Pferde und Maulesel, die aus Kleinasien eingeführt wurden, im Stalle gehalten oder auf die Weide gebracht werden sollten. Ein andermal hatte der Weinkeller nicht genügend Raum für die vielen Flaschen, in denen man den Wein abgezogen hatte, und der König wurde gefragt, wie dafür Raum zu schaffen sei. Ausser diesen amtlichen Schreiben enthält die Ton-Bücherei Assurbanipals noch zahlreiche grammatikalische Werke verschiedener Art, Wortlisten, Sammlungen von ganzen Redewendungen. Die Auffindung dieser Literatur hat sich als höchst wertvoll erwiesen für die Entzifferung der Keilschrift.

Assurbanipal ist übrigens identisch mit dem sagenhaften König Sardanapal, der fälschlich als Schwelger und Prasser geschildert wird. Tatsächlich war Assurbanipal ein höchst kriegerischer König, zugleich jedoch auch ein Förderer der Wissenschaften, wie die Bücherei beweist, die aus mehr als 20 000 Keilschriftplatten besteht. Diese Zahl dürfte auch für eine Bücherei von heute einen ansehnlichen Bestand darstellen, und diese Tatsache zeigt, dass unsere Kulturfortschritte bei weitem nicht so gross sind, wie wir uns gern einbilden.

SPD. Triumph der Sparsamkeit.^x Mäderich will einen Ofen kaufen. "Nehmen Sie diesen", schlägt der Verkäufer vor, "da sparen Sie die Hälfte Kohlen."
"Krossardch, krossardch", murmelt Mäderich, "da goff ich gleich zweie!"

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

31)

SPD. Sie gingen hastig hinunter und nahmen das Gewehr zum Schiessen des Taues, Trossen und einen Enterhaken mit.

Vom schiffbrüchigen Schiff war nichts mehr zu sehen. Aber irgend etwas näherte sich, sinkend und dann wieder steigend, manchmal konnte man es sehen, manchmal wurde es von den hohen Wellen verdeckt. "Es konnte Ernst werden", meinte Le Moal.

Kerroch beobachtete schweigend mit dem Gesichtsausdruck, den alle Seeleute annehmen, wenn sie etwas gut sehen wollen. Plötzlich fluchte er: "Himmeldonnerwetter!" und ging auf den Felsen hinunter mit seinem Haken in der Hand. Das Wasser reichte ihm bis an die Knie und spritzte bis an seine Brust. Er blieb unbekümmert stehen und achtete nicht auf die Wellen, die gegen ihn anrannten und ihn aus dem Gleichgewicht brachten. Jetzt hatte auch der andere gesehen. Ein Schiffbrüchiger schwamm dort an eine Boje geklammert. Le Moal schleuderte das Tau. Aber jedesmal wurde es vom Winde gekrümmt wie eine Schlange und Le Moal ins Gesicht zurückgeworfen. Endlich wurde das menschliche Wrack durch eine Laune des Meeres plötzlich an Land gespült. Sie konnten den Menschen fassen und aufs Trockene bringen.

Es war eine junge Frau. Ihre hellen, aufgelösten Haare liessen eine Engländerin vermuten.

Zuerst legten sie sie auf die Seite mit gesenktem Kopfe, damit sie das Wasser wieder von sich geben konnte. Aber sie rührte sich nicht.

Da trugen sie sie in das Zimmer des Ingenieurs hinauf. Dort mussten sie die Leblose entkleiden, um sie mit warmen Tüchern zu reiben.

Es war ein ganz junges Geschöpf von kaum zwanzig Jahren. Ihr eisiger Körper war zart geschwungen; eine besondere Tragik lag über diesem Fleisch mit den jugendlichen Lirien, das schon die Farbe des Todes zeigte.

Nach etwa einer Viertelstunde zeigten sich hier und da schwache Rötungen.

"Die wird wieder", meinte Le Moal.

"Wäre zu dumm, wenn die in ihrem Alter schon ans Sterben denken müsste", sagt Kerroch, "die ist nämlich verteuftelt hübsch!...."

Sie war in der Tat bezaubernd, die Unbekannte... Zarte Wimpern ruhten auf den Wangen. Die Flügel ihrer kleinen Nase bebten leise. Mund und Ohren war von gleicher Feinheit, und ihre Brust bildete einen regelmässigen Bogen vom Ansatz des Halses bis zur Spitze der Brüste.

Le Moal, ein Bauer mit etwas schwerfälligen Sinnen, hatte nichts für einen solchen Körper übrig, dessen geschmeidige Festigkeit seiner Hand widerstand. Kerroch jedoch konnte nicht leugnen, dass vierzehn Tage der Verbannung in die Einsamkeit zwischen Himmel und Erde für den Ablick eines hübschen jungen Mädchens durchaus empfänglich gemacht hatten.

"Eine hübsche Blonde!" sagte er.

Le Moal hatte nur für üppige Schönheiten etwas übrig. "Gibt's nicht....", brummte er.

Aber der andere erwiderte mit Kennermiene: "Das will ich meinen.... Wenn alle denselben Geschmack hätten, das wäre ja entsetzlich...."

Die Haut färbte sich nun ganz und gar rosig. Eine Art Krampf wölbte den Brustkorb. Endlich öffneten sich die Augen halb, und die Fremde murmelte:

"O dear! O dear!"

"Was heisst denn das?" fragte Le Moal.

"Ich glaube, das ist englisch", sagte Kerroch und rieb mit der linken Hand weiter, denn die rechte war müde geworden.

"My Charlie....Where is Charlie?...."

Dann verfiel sie in völlige Bewegungslosigkeit.

"Meinst du nicht auch, dass sie nun ganz allein wieder zu sich kommen muss" schlug Le Moal vor. "Sie schläft, das wird sie besser als alles andere auf die Beine bringen."

Kerroch zögerte, die Decken über den nackten Körper zu breiten, aber Le Moal zog sie mit einer rauen Bewegung herauf und sagte: "Vielleicht sind noch andere zu retten - müssen einmal nachsehen."

Sie gingen hinunter.

Die Strömung, die den Teufelsfelsen umkreiste, trieb allerlei Dinge vor sich her; Kisten, Bojen, Möbel, Abornwände und Mahagonihölzer, die von der untergegangenen Jacht stammten. Ein Korhsessel schwamm mit seinen Beinen in der Luft. Aufmerksam beobachteten die beiden Bretonen diese Trümmer und schätzten sie ab. Der Geist der alten Seeräuber, ihrer Ahnen, erwachte in ihnen. "Achtung!" schrie Le Moal, "da....an dem kleinen Felsen....ein Fässchen...los, nimm deinen Haken!....Es schwimmt ganz allein..."

"Was mag darin sein?" fragte Kerroch, als das Fässchen in Sicherheit gebracht worden war.

"Wahrscheinlich etwas zu trinken."

"An die Seite damit! Werden nachher schon sehen...Vielleicht kommen noch andere....."

Aber die Flut kam. Der gewaltige Sturm, der bei jeder Flut in den Aermelkanal stürzt, flutete zurück und riss die letzten Trümmer aus dem Schiffbruch nach Südwesten.

Die Wächter rollten die Tonne bis zur Tür im Hof. Sie waren allerdings auf den Gedanken gekommen, das Strandgut gemäss den Vorschriften der vorgesetzten Behörde abzuliefern, aber....ach was!....Niemand konnte ihnen nachweisen, ob sie sich an der Flüssigkeit, die gegen die Flanken der Tonne schlug, zu schaffen gemacht hatten oder nicht.

Sie stachen an.

Gin!

Jeder trank einen Schluck. Ihren abgehärteten Kehlen schien das scharfe Getränk mit dem rauchigen Geschmack milde.

"Das tut gut"! erklärte Kerroch und wischte sich den Mund mit dem Handrücken ab.

Le Moal fragte: "Wieder zumachen?"

"Zapf' doch etwas ab. Dann können wir einen Grog für die Dame oben brauen. Das wird ihr mit einem Schlage helfen."

Während der andere hinaufging, wärmte Kerroch den Gin. "Hat jetzt keinen Wert," meinte Le Moal, als er herunterkam, "sie hat sich nicht vom Fleck gerührt.....Sie schläft.....Warten wir also, bis sie erwacht...Mmmmm!....Das riecht hier aber gut!"

Der Duft des erhitzten Alkohols drang in ihre Nasen und erfüllte gleichsam das ganze Zimmer mit berauscher Heiterkeit. Die Wächter genossen reichlich, diese Annehmlichkeit, ohne daran zu denken, dass die Frau, die sie darüber vergassen, vielleicht mangels Pflege sterben könne.

"Na, dann muss nachher noch einer gebraut werden", sagte Kerroch plötzlich. "Wäre ja ein Jammer, wenn er kalt würde!"

"Hör' mal!" protestierte Le Moal, "aber nicht alles für dich!"

Etwas kochender Gin blieb noch in der Kasserolle. Er goss den Rest in ein Glas und trank es aus.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

151. Sitzung vom 28. März 1930.

SPD. Als der Präsident die auf der Tagesordnung stehende zweite Beratung des Notetats aufruft, entstehe grosse Unruhe bei den Kommunisten. Sie rufen: "Wo bleibt der Nachruf für die Regierung?"

Abg. Torgler (Komm): Der sogenannte Notetat ermächtigt die Regierung zu Ausgaben. Wir haben doch aber jetzt keine Regierung. Einer nur geschäftsführenden Regierung kann man doch eine solche Ermächtigung nicht geben. Wir wissen, dass die neue Regierung - ob mit oder ohne Sozialdemokraten - eine Regierung gegen die Arbeiterschaft sein wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Notetat in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gaststättengesetzes.

Abg. Köster (Wirtschaftspt.) erinnert an die früheren Versuche, den Bedürfnisnachweis für die Schankkonzessionen einzuführen. Gegen diesen Versuch habe sich schon der frühere Reichspräsident Ebert, der damals Gastwirt und Mitglied der Bremer Bürgerschaft war, gewendet. Ebert, der bis zu seinem Tode Mitglied des Deutschen Gastwirtsverbandes war, habe damals in der Bürgerschaft eine sehr kluge Rede gegen die Einführung des Bedürfnisnachweises gehalten. Heute bekämpft in erster Linie die Abstinenzbewegung das Gastwirtsgewerbe. Abg. Sollmann, ein Führer dieser Bewegung, hat trotzdem im Ausschuss sehr loyal die Interessen des ehrbaren Wirtegewerbes gewahrt. Seine offene Gegnerschaft ist uns lieber als die grosse Liebe des Abg. Mumm. Jeder weiss, dass der Branntweinkonsum in Deutschland sehr zurückgegangen ist. (Zurufe des kommunistischen Abg. Schumann-Leipzig). Ja, wir von der Wasserkante halten uns manches Leiden vom Halse durch einen steifen Grog! Würden Sie, Herr Schumann, Grog trinken, dann würden Sie sich nicht den Magen verderben und hier die Leute ärgern. (Heiterkeit) Der Gastwirt bestimmt ja nicht, sondern der Kunde, ob Alkohol getrunken wird oder nicht. Kein Mensch würde Herrn Sollmann hindern, in einer Gastwirtschaft alkoholfreie Getränke zu geniessen. Er sagt, ihm sei das Essen in den Gastwirtschaften zu salzig, es mache durstig. Ja, da entgeht dem Kollegen Sollmann der hohe Genuss, einen herrlichen Durst mit einem guten Glas Bier zu stillen. (Heiterkeit) Kollege Sollmann ist sicherlich ein tüchtiger, kluger Mann; aber das hat er nicht seiner Alkoholgegnerschaft zu verdanken. Seine Parteigenossen Wels, Scheidemann und Simon sind lebende Beweise dafür, dass auch Freunde eines guten Schoppens sehr tüchtige Leute sein können. (Gr. Heiterkeit) Ob der Alkohol schädlich ist, das können gerade die Abstinenten nicht beurteilen, denn hier geht probieren über studieren. (Heiterkeit) Im Ausschuss waren so viele der geschätzten weiblichen Mitglieder, dass wir weniger volkswirtschaftlich als bevölkerungspolitisch gearbeitet haben (schallende Heiterkeit, die den Redner zunächst übertönt).

Präs. Löbe: Ich würde auch für die Heiterkeit etwas mehr Mässigung empfehlen. (Heiterkeit).

Abg. Köster (Wirtschaftspt.) fährt fort: Ja, Unmässigkeit ist auf jedem Gebiet ein Ubel. Dem Gastwirt sind die Gäste garnicht sympathisch, die mehr trinken als sie vertragen können. Nun wird gesagt, die Besucher der Wirtschaft würden zu grossen Ausgaben verführt. Wenn man da helfen will, dann müsste man durch Aufhebung der Alkoholsteuern die Getränke billiger machen. (Heiterkeit) Wer Kaffee, Tee oder Schokolade trinkt, sündigt eigentlich viel mehr, denn sein Geld fliesst ins Ausland, während das Geld, das man für Wein und Bier ausgibt, im Vaterland bleibt. (Abg. Dr. Breitscheid (Soz): "Sie könnten Ernährungsminister für die Abteilung Getränke werden!" Heiterkeit). Sie, Herr Doktor, würden sich dafür weniger eignen, Ihre Figur eignet sich

schlecht für einen Ernährungsminister! (Heiterkeit). Die wirklichen Trinkergesichter aus früheren Zeiten findet man heute garnicht mehr in den Gastwirtschaften. Der Alkoholmissbrauch hängt fast immer mit Winkelschank zusammen. Das Gesetz stellt an den Gastwirt hohe Anforderungen. Wer Professor, Minister oder sogar Schutzmann werden kann, kann nicht ohne weiteres Gastwirt werden. Die Voraussetzung für die Konzessionserteilung ist, dass der Mann dem langen Moraikatalog entspricht, der dafür gesetzlich festgelegt ist. Für den soliden Betrieb einer Gastwirtschaft bieten nicht gesetzliche Bestimmungen die Gewähr die einzige Gewähr liegt in der lauterer Persönlichkeit des Wirtes. (Abg. Torgler (Komm): "Und in der guten Qualität der Getränke!") Sehr richtig, Sie sind sachverständig, Kollege Torgler! (Heiterkeit) Das Gesetz verbietet die Alkoholabgabe an Betrunkene. Das ist leicht gesagt, aber wie stellt man fest, wann jemand betrunken ist? Der Beteiligte hält immer sich für nüchtern und die ändern für betrunken! (Heiterkeit) Der Rausch kommt doch nicht mit einem Schlag, sondern in Stufen, für die in der deutschen Sprache zweihundert Ausdrücke bestehen. Ein Begriff, den man nicht definieren kann, gehört nicht in ein Gesetz hinein. Die Polizeistunde sollte ganz verschwinden. Die Frauen treten besonders dafür ein, dass auf diese Weise die Männer früh ins Bett geschickt werden. Ich schätze dieses Gefühl der Mütterlichkeit, aber es wird hier angewandt am ungeeigneten Objekt. Eine schematische Regelung der Sperrstunde ist ungerecht. Am Rhein werden die Leute schnell fröhlich, bei uns an der Wasserkante dauert es zwei Stunden. (Heiterkeit) Es ist doch bedenklich, gerade dann, wenn sie fröhlich geworden sind, die jungen Leute in die Nacht hinauszuschicken. In meiner Jugend tanzten wir selten, aber dann bis fünf Uhr früh. Das hat niemals Schaden angerichtet, denn morgens um sechs sieht das kleine Mädchen nicht mehr so verführerisch aus. (Gr.Heiterkeit. ~ Die Redezeit ist abgelaufen, viele Abgeordnete rufen: "Weiterreden!" aber der Redner verlässt das Rednerpult.)

Abg. Sparrer (Dem) spricht den Wunsch aus, dass jetzt endlich das so oft in Angriff genommene Gaststättengesetz zur Verabschiedung kommen möge. Die Relation von Gaststätten zur Einwohnerzahl lasse sich ohne grosse Ungerechtigkeiten nicht durchführen. Bedenklich seien auch die Bestimmungen über die Polizeistunde und über das vollständige Schnapsverkaufsverbot an Lohntagen. Die Demokratische Fraktion wünsche ein solches Verbot nur für Stunden, nicht für den ganzen Tag. Trotz mancher Bedenken im einzelnen würden die Demokraten dem Gesetz zustimmen, um endlich einmal diese Frage zum Abschluss zu bringen.

Abg. Bickes (DVP) weist darauf hin, dass das Gesetz auch volksgesundheitliche und ethische Ziele habe. Es soll ein brauchbares Mittel im Ksmpf gegen den Missbrauch geistiger Getränke und zum Schutz der Jugend vor den Gefahren des Alkoholmissbrauchs dienen. Von einem Anwachsen der Kriminalität infolge alkoholischer Exzesse könne nicht geredet werden. Auch die Todesfälle, die auf übermässigen Alkoholverbrauch zurückzuführen seien, seien geringer geworden. Der Redner erbittet eine Regierungserklärung, wonach die für die süddeutschen Realrechte vorgesehene Frist erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ablaufen soll.

Abg. Kahl (D.Vp.): Ich beabsichtige nur eine kurze Ergänzung der Ausführungen meines Fraktionskollegen. Für mich hat das ganze Gesetz nicht eine einzige heitere Seite. Der grosse Ernst des Problems ergibt sich aus dem engen Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Verbrechen. Dieser Zusammenhang ist viel stärker als jemals durch die Statistik festgestellt werden kann. Die Zeit, wo Trunkenheit einfach als mildernder Umstand galt, ist zum Glück vorüber. Mit vollem Recht hat der Ausschuss im neuen Strafgesetz-Entwurf die Bestimmungen über Trunkenheits-Verbrechen sehr scharf gefasst. Wenn vorhin gesagt wurde, es habe sich nicht viel verschlimmert, so muss ich erwidern:

verbessert hat sich garnichts! Die Schwierigkeit der Feststellung des Zustandes der Trunkenheit ist garnicht vorhanden. Dieser Zustand lässt sich leicht erkennen bei einem gesunden Verstand des Nüchternen, der das zu beurteilen hat. Zwischen Sinneserregung und Sinnesverwirrung wissen die Juristen sehr genau zu unterscheiden. Mir tut der Wirt leid, der nicht imstande ist, zu erkennen, wann ein Gast betrunken ist. Vom Standpunkt der materiellen Gerechtigkeit aus habe ich die grössten Bedenken gegen die Ziffer 2 im Abs. 1 des § 2, wonach die Schankkonzession versagt werden soll, "wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten nicht einhalten wird, insbesondere wenn der Antragsteller wegen Verstosses gegen die Vorschriften erheblich vorbestraft ist." Es handelt sich bei dieser Bestimmung um eine unnatürliche Verbindung von zwei Rechtsgebieten, die nichts miteinander zu tun haben. Man kann nicht Nachteile androhen für die Verletzung von Bestimmungen, die noch garnicht vorliegen. Ich beantrage die Streichung der erwähnten Ziffer 2.

Um 5 3/4 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung nach dem Zustandekommen der neuen Regierung, voraussichtlich für Dienstag, anzuberaumen.

Preussischer Landtag

SPD. **Berlin, den 28. März 1930** (Eig. Ber)

Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung steht die dritte Lesung der Gewerbesteuer.

Abg. Kölges (Z.) gibt im Namen des Zentrums die Erklärung ab, dass die Fraktion einmütig für das nächste Jahr die Einführung eines beweglichen Faktors in die Gemeindehaushalte fordert, der unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse alle Gemeindebürger zu den Gemeindelasten heranzieht.

Abg. Hecken (Dnt): Mit dem Verzicht auf den Verwaltungskostenbeitrag für dieses Jahr haben sich Zentrum und Demokraten der Sozialdemokratie gebeugt, die erst gestern wieder dem Reich gezeigt hat, dass sie ihre Parteiinteressen der Verantwortung für Reich und Staat voranstellt. (Bravo! rechts.)

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

Die Erklärung der Zentrumsfraktion deckt sich wörtlich mit der Erklärung, die Preussen im Reichstag bei Beratung der Reichsfinanzreform abgegeben hat. An der Arbeit zur Reform der Kommunalbesteuerung, die im Reichsfinanzministerium jetzt im Gange ist, sind wir von Anfang an beteiligt worden. Kein verantwortungsbewusster Politiker wird sich der Pflicht entziehen können, die Finanzen von Reich, Staat und Gemeinden im Wege der ordentlichen parlamentarischen Gesetzgebung zu sanieren.

Abg. Neumann-Frohnau (D.Vp.): Der Reichsfinanzminister wollte schon in diesem Jahre Preussen den Weg zur Einführung des Verwaltungskostenbeitrages ebenen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

Die Mitteilung des Vorredners ist an sich richtig, aber irreführend. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, er werde einen Verwaltungskostenbeitrag nur dann beanstanden, wenn ein Existenzminimum und eine Staffelung vorgesehen sei. Ohne diese Voraussetzung konnte ich aber den hohen Verwaltungskostenbeitrag nicht befürworten. Im übrigen sind in Preussen alle Gemeindebürger durch die Abwälzung der Grundvermögenssteuer auf die Mieter an den Gemeindelasten stark beteiligt.

Abg. Heilmann (Soz.)

verwahrt sich gegenüber dem Abg. Hecken gegen den Vorwurf der Gewissenlosigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese habe nicht nur das Kompromiss abgelehnt, sondern sich auch bereit erklärt, den ursprünglichen Vorschlag Moldenhauers anzunehmen. Wenn Moldenhauer den Rücktritt der Reichsregierung erzwingen habe, weil die Sozialdemokratie auf seinem eigenen Vorschlag beharrte, könne man deswegen unmöglich der Sozialdemokratie den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit machen. (Sehr wahr! links.) Einen Verwaltungskostenbeitrag in der bis jetzt gesetzlich allein möglichen Form einer rohen Kopfsteuer ohne Staffelung nach der Einkommenshöhe werde die Sozialdemokratie, wie sie ihn jetzt zu Fall gebracht habe, auch in Zukunft bekämpfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ladendorf (W.P.): Wir werden in diesem Jahr für die Gewerbesteuer stimmen, weil wir nicht wissen, ob die Koalitionsparteien geschlossen genug sind, ihre Annahme sicherzustellen. (Grosse Heiterkeit.)

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.): Die Rechtsparteien wollen eine neue Massenbesteuerung auch in den Ländern, und die Erklärung der Sozialdemokratie beweist, dass sie mit dieser Politik der Arbeiterfeindlichkeit einverstanden ist (Grosse Heiterkeit bei den Soz.)

Damit schliesst die Debatte. In der Abstimmung wird die Grundvermögens-

steuer in dritter Lesung mit 245 gegen 133 Stimmen angenommen. Ebenso wird die Hauszinssteuer in einfacher Abstimmung in dritter Lesung angenommen. Bei der Gewerbesteuer wird der Teil des § 1, der die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer enthält, mit 233 gegen 132 Stimmen angenommen. Die Freilassung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer wird mit 323 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Die Herabsetzung der Freigrenze für die freien Berufe von 6000 auf 3000 Mark, von der Wirtschaftspartei beantragt, wird mit 316 gegen 52 Stimmen abgelehnt. - Damit sind die Steuergesetze für 1930 angenommen.

Weiterberatung Sonnabend Vormittag 10 Uhr: Strafvollzug.

Landtagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, den 28. März (Eig. Ber.)

In der Freitagsitzung hat der Preussische Landtag die drei preussischen Realsteuergesetze Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer und Gewerbesteuer für das Jahr 1930 angenommen. Es gab einen kurzen aber hitzigen Endkampf. In allen vergangenen Jahren hatten Rechtsparteien und Kommunisten die Verabschiedung der Steuergesetze im Parlament durch Obstruktion verhindert und die Regierung auf den Weg der Notverordnungen gezwungen. Jetzt zum ersten Male verzichteten sie auf Obstruktion. Die Wirtschaftspartei stimmte sogar für die Gewerbesteuer!

Die Lehre des vergangenen Jahres hat gewirkt. Schon im vergangenen Jahre hatte der Landtag die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer beschlossen. Aber schliesslich war die Erledigung der ganzen Steuergesetze durch Obstruktion unmöglich geworden, und durch Notverordnung liess sich natürlich eine Änderung des Gesetzes nicht einführen. Infolgedessen trugen Wirtschaftspartei und Deutschnationale die Verantwortung dafür, dass im Jahre 1929 die Gewerbetreibenden allein die Gewerbesteuer zahlen mussten. Für ein zweites Jahr die gleiche Verantwortung auf sich zu laden, hatten sie begreiflicherweise keine Lust, und so waren sie am Freitag eifrig besorgt, die parlamentarische Verabschiedung der Steuergesetze sicherzustellen. Die Regierungsmehrheit stieg infolgedessen ausgerechnet bei den Steuervorlagen bis auf über 100 Stimmen an.

In der voraufgegangenen Debatte hatten die Rechtsparteien noch einmal versucht, für den Verwaltungskostenbeitrag Stimmung zu machen, insbesondere mit der Behauptung, dass die breiten Massen zu den Kommunallasten nichts beitragen. Demgegenüber konnte der Preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff nochmals feststellen, dass die Grundvermögenssteuer zu durchschnittlich zwei Dritteln auf die Mieter überwälzt wird, und darin eine sehr starke Beteiligung der arbeitenden Klasse an den Gemeindeausgaben liegt. Der Verwaltungskostenbeitrag sei jetzt gesetzlich nur zulässig ohne jede Freilassung eines Existenzminimums und ohne jede Staffelung zwischen Reich und Arm. Deshalb hat, wie Abg. Heilmann (Soz.) hinzufügte, die Sozialdemokratie diese Kopfsteuer zu Fall gebracht und wird sie auch in Zukunft bekämpfen.

Der deutschnationale Steuerredner Hecken benutzte die eben ausgebrochene Steuerkrise im Reich, um die Deutschnationalen in Preussen wegen ihrer früheren Obstruktion zu rechtfertigen. Nicht die Deutschnationalen hätten gewissenlos gehandelt, als sie Land und Städten die notwendigen Etatmittel verweigerten; denn ihnen sei es dabei um den Bestand der Wirtschaft gegangen. Aber gewissenlos hätten jetzt die Sozialdemokraten im Reiche ihre Parteiinteressen über das Staatsinteresse und das Interesse der Wirtschaft gestellt. Abg. Heilmann (Soz.) entgegnete das Verbrechen der Sozialdemokraten im Reiche bestünde darin, dass sie an dem ursprünglichen Entwurf Moldenhauer festgehalten hätten; wenn der volksparteiliche Finanzminister durch seine Rücktrittserklärung das Kabinett

Hermann Müller gesprengt hätte, weil die Sozialdemokraten an der Vorlage Moldenhauers festgehalten hätten, könne man doch nicht gut von einem verantwortungslosen Verhalten gerade der Sozialdemokratie sprechen.

An die Abstimmungen über die Steuern schlossen sich zwei Stunden lang namentliche Abstimmungen über Strafverfolgungssachen: zwei nationalsozialistische und fünf kommunistische Abgeordnete wurden zur Strafverfolgung freigegeben. — Am Sonnabend steht der zweite Teil der allgemeinen Justizdebatte, der Strafvollzug auf der Tagesordnung.
